

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

4. Jahrgang.

Mittwoch, 9. April 1924.

Nr. 85.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Abschließung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Ercheint mit Ausnahme
des Montag täglich 1924.

Der E.-H. Denunziant.

Der Ministerpräsident der tschechoslowakischen Republik hat in seiner letzten, über Bestellung der Koalitionsparteien gelieferten Parlamentsrede versprochen, die Pharisäer aus dem „Tempel der Sittlichkeit“ hinauszujagen. Damit sich keine Verwechslung ereigne, sei gleich gesagt, daß Herr Svehla unter diesem Tempel der Sittlichkeit den von ihm so glorreich regierten Staat verstanden wissen will. Und man wäre auf dem Holzwege, wenn man hinter dieser Äußerung eine blutige Ironie des Herrn Ministerpräsidenten sehen wollte. Nein, der Mann hat sie ernst gemeint. Er ist abgehärtet genug, trotz aller Bestechungs- und Korruptionsstandale, noch immer nur den reinen Tempel der Sittlichkeit vor sich zu sehen, in dem er als Hohepriester derart seines Amtes walten will, daß er alle „Pharisäer“ — das sind jene, welche den in allen Winkeln liegenden Schmutz beseitigt wissen wollen — mit Antennen aus dem Tempel hinausstreift. Er hat sein Versprechen wahr zu machen gesucht durch Vorlage jener ungeheuerlichen Preßgesetznovelle, welche den Tod jeder freien Meinungsäußerung bewirken soll. Die „Pharisäer“ sollen, wenn sie es wagen, eine Rage eine Rage und einen Korruptionspendiaten einen Lumpen zu nennen, nicht nur Gefahr laufen, zu Arreststrafen verdonnert zu werden, sie sollen auch statt vor Geschworene, vor Berufsrichter gestellt werden, Sühngeld und Schmerzensgeld zahlen, und wenn sie dennoch nicht brav und sittsam sein wollen, wird ihren Zeitungen das Postdebit entzogen. Der entrüstete Herr Svehla will aber vor dem Tempel der Sittlichkeit einen eigenen Wächter anstellen, der dafür sorgen soll, daß die Sittlichen in der ihnen so nötigen Verdauungsruhe nicht gestört werden: den Denunzianten! Die Preisgebung des Redaktionsgeheimnisses soll zu einem schwingungsvollen Handelsartikel, der Denunziant geradezu zu einem konzessionierten privilegierten Gewerbe gemacht werden. Welcher verantwortliche Redakteur im Falle einer Klage zum Angeber dessen wird, der ihm die Informationen gab, dem soll für seine Angeberei staatlicher Schutz gegen die ihm aus seinem Verrat drohenden Nachteile gewährt werden. Er soll eines größeren Schutzes teilhaftig werden als jeder andere Staatsbürger. Die Denunziation soll staatliche Förderung erfahren. Der Tempel des Herrn Svehla soll von Sittlichkeit strahlen.

Die Wahrung des Redaktionsgeheimnisses galt bisher als ein selbstverständliches Gebot der Anständigkeit, das anzutasten niemandem, am wenigsten der Geschebung, eingefallen wäre. Allgemein und mit Recht wäre der Redakteur, der einen Informator vor Gericht gegen dessen Willen genannt hätte, als Lump angesehen worden, denn oft genug kann diese Nennung des Urhebers einer Nachricht für diesen von den schwersten Folgen begleitet sein und seine Existenz vernichten. Die Preßgesetznovelle aber will zur Verletzung dieser Schweigepflicht des Redakteurs verleitend, ein Versuch, der wohl kaum Erfolge bringen wird, der aber doch die Moral und die Absichten der Macher des Entwurfes charakterisiert. Wer denunziert, wird belohnt durch ein geringeres Strafmaß; wer dagegen die Anständigkeit besitzt, den Urheber einer Nachricht zu verschweigen, den trifft die volle Schwere des Gesetzes. Der § 6 sagt, daß der Redakteur, wenn er in der vom Gericht angegebenen Frist den Urheber richtig angibt, bei Verbrechen mit Arrest von acht Tagen bis zu drei Monaten, bei Vergehen mit einer Geldstrafe von 50 bis 3000 Kronen bestraft wird. Weigert er sich dagegen, den Urheber zu nennen, so ist er bei Verbrechen mit Arrest von einem Monat bis zu sechs Monaten, bei Vergehen mit Arrest von acht Tagen bis zu drei Monaten zu bestrafen. Das heißt: der anständige Redakteur wird, wenn die Beurteilung

Erfolgreiche Beendigung der Tannwalder Textilarbeiter-Ausperrung.

Tannwald, 8. April. Die Ausperrung der Tannwalder Textilarbeiter ist nach fast neunwöchiger Dauer mit Erfolg für die Arbeiter beendet worden. Die Arbeit in den Betrieben wurde heute, Dienstag den 8. April, wieder aufgenommen.
Die Ausperrung von 3000 Textilarbeitern erfolgte bekanntlich deshalb, weil sich die Arbeiterschaft weigerte, die Maschinen außerhalb der 48-stündigen Arbeitszeit zu pufen. Durch den beispielgebend geführten Kampf der Tannwalder Textilarbeiter, die alle Hoffnungen der Unternehmer, daß die Arbeiterschaft in dem Kampfe zusammenbrechen würde, zuschanden machten, und durch die Entscheidung des Ministeriums für soziale Fürsorge, wonach die Puffzeit in die 48-stündige Arbeitswoche einzurechnen ist, hat die Arbeiterschaft einen vollen Sieg errungen.
Der weitere Kampf gipfelte nun darin, daß die Unternehmer einen Teil der Arbeiter nicht wieder einstellen wollten. In dem am 2. April in Goblitz stattgefundenen neuerlichen Verhandlungen — Union der Textilarbeiter, Prümmen und Rochoder Verband — geführt wurden, war es möglich, die Unternehmer von diesem Standpunkte abzubringen.
Es wurde vereinbart, daß, solange nicht alle

Arbeiter, die vor der Ausperrung in den Betrieben beschäftigt waren, wieder eingestellt sind, fremde Arbeiter nicht eingestellt werden dürfen. Die Versammlungen der Arbeiterschaft, die Freitag den 4. und Montag den 7. April stattfanden, stimmten trotz aller Quertreibereien der Kommunisten fast einstimmig diesen Vereinbarungen zu. Um über die Absichten der Unternehmer, in welchem Umfang die Arbeit sofort wieder aufgenommen werde, unterrichtet zu sein, beschloffen die Organisationsvertreter vor Unterzeichnung des Uebereinkommens noch mit den einzelnen Betriebsleitungen zu verhandeln.
Nachdem die Aussicht für die Arbeiterschaft eine zufriedenstellende war, wurde am Montag abends nach Regelung einiger Nebensachen der Vertrag unterzeichnet.
Mit der gemeinen und verlogenen Handlungsweise der Kommunisten, die vor dem, daß der Kampf nicht so ausging, wie der von ihnen geführte Hungerstreik in Krapau, wieder einmal übergeschnappt sind, werden wir uns demnächst etwas eingehender befassen.
Die Tannwalder Textilarbeiter konnten diesen ihren Erfolg nur erringen, weil sie den Weisungen der beteiligten Organisationen in streuender Disziplin Folge leisteten und alle Quertreibereien der Kommunisten ablehnten.

In Deutschland ist schon alles möglich!

Enthüllungen über den Hitler-Scandal gelten als Landesverrat!

Berlin, 8. April. (Eigener Bericht.) Gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ Gen. Reuter ist infolge Verfügung des Oberreichsanwaltes vom 3. April d. J. heute die Voruntersuchung wegen Landesverrat eröffnet worden. Das neue Landesverratsverfahren, das gegen den „Vorwärts“ angestrengt wird, gründet sich diesmal auf die bekannte am 8. und 9. November v. J. gab. Weiter bezieht sich der Oberreichsanwalt in diesem Landesverratsverfahren auf Polemiken, die der „Vorwärts“ in dieser Angelegenheit in seiner Morgenausgabe vom 5. und 9. Februar gegen die bayerische Regierung und gegen das Wehrkreiskommando Stuttgart gerichtet hat.

wegen eines Verbrechens erfolgt, mit doppelt schwerer Arreststrafe bestraft; auch wenn ein Vergehen vorliegt, erhält er eine Arreststrafe zugewiesen, während der Denunziant mit einer Geldstrafe davonkommt. Wenn das nicht ein Zeugniszwang ist, dann wissen wir nicht, was das Wort bedeutet. In der Praxis wird dieser Denunziationsparagraf sicher keine andere Folge hervorrufen, als die, daß die Redakteure scharfer bestraft werden. Ein Redakteur, der sich unterfangen wollte, den Informator oder Urheber eines Artikels zu nennen, würde nicht nur sich, sondern auch seine Zeitung unmöglich machen. Nach dem Zuckerbrot der milderen Bestrafung, das das Gesetz dem Verräter und Denunzianten reichen will, wird wohl niemand langen, schon aus dem angeführten Grunde, aber auch deshalb, weil sich der Redakteur einer Ehrlosigkeit schuldig machen würde, von der er sich nicht reinzuwaschen vermöchte, auch wenn das Gesetz noch so eifrig bemüht ist, ihn zu einem Gentleman zu stampeln. Zum Glück gelten in der Bevölkerung doch noch andere Ehr- und Moralbegriffe, als die der Entwurf zu verbreiten sucht. Auch die Erzeuger des Gesekentwurfes dürften sich nicht verhehlen, daß alle Lockungen zu Verrat und Denunziation vergeblich bleiben werden, aber sie hoffen sich von der erwähnten Bestimmung in anderem Sinne eine gute Wirkung gegen die Presse, welche unabhängig genug ist, gegen die Korruptionisten

anzukämpfen. Es sollen damit die Informatoren dieser Zeitungen abgesehen werden! Der Informationsdienst, dessen die Zeitungen nicht entraten können, soll abgewürgt, hinterzogen werden! Soweit das vor einem Jahre beschlossene Schwebegeld nicht genügend Furcht und Schrecken verbreitet, soll durch diese Preßgesetznovelle diesem von den Interessenten der zahlreichen Standale bitter empfundenen Mangel abgeholfen werden. Die Leute, die etwas an die Zeitungen mitzuteilen haben, sollen sich dies dreimal überlegen und das Material lieber in ihrer Brusttasche belassen. Das ist die Wirkung, auf welche der Entwurf abzielt! Der Urheber soll hängen, daß es dem Redakteur vielleicht doch einfallen könnte, seinen Namen vor Gericht anzugeben! Die Bestimmung des Gesetzes ist natürlich eine Spekulation auf die Unkenntnis der redaktionellen Gepflogenheiten und sie wird an diesen gewiß nicht das geringste ändern, aber man hofft doch, die Aufdeckung weiterer Korruptionsaffären damit zu hintertreiben. Eine edelsinnige Absicht, die mit dem Wunsch nach Züchtung von Denunzianten erfolgreich weilt. Damit aber der Erfolg um so sicherer eintrete, legt der Entwurf für die ebenwähnten Denunzianten sogar sozialpolitische Fürsorge an den Tag! Der § 37 bestimmt, daß die Nennung des Urhebers bis zu einem Jahre kein Grund für die vorzeitige Auflösung des Dienstverhält-

Vor den deutschen Wahlen.

(Von unserem Berliner Korrespondenten.)

Wochen sind seit der Auflösung des deutschen Reichstages verfloßen und doch herrscht in der Öffentlichkeit, in der Presse und in den Volksmassen noch keineswegs so etwas wie eigentliche Wahlstimmung. Es fehlt vorläufig den Parteien die eigentliche Wahlparole und alles Suchen hat bis jetzt, wenigstens bei den bürgerlichen Parteien, noch nicht recht geholfen. Natürlich, die extremen Richtungen, die Kommunisten auf der einen Seite, die Deutschvölkischen und die Deutschnationalen auf der anderen Seite, wissen in den großen Zügen wenigstens, was sie wollen: Bekämpfung der Sozialdemokratie und der Republik auf Tod und Leben. Aber das eigentliche Bürgertum, das durch diese extremen Parteien vorläufig in Deutschland noch nicht repräsentiert wird, weiß nicht, was es will. Immer mehr zeigt sich wie die Auflösung des Reichstages keineswegs ein wohlüberlegter Beschluß im Rahmen eines politischen Planes für die nächste Zeit war, sondern daß ein fache Verlegenheit die Regierung zur Reichstagsauflösung trieb. Man wollte einer Entscheidung über die wichtigsten innerpolitischen Probleme ausweichen, und man will auch jetzt noch alles andere, nur keine klaren Entscheidungen!

Der Parteitag der Volkspartei war in diesem Sinne typisch für das deutsche Bürgertum. In keinem anderen Lande der Welt würde es möglich sein, daß ein führender Politiker vom Range des deutschen Außenministers Dr. Stresemann auf einem Parteitag einen solchen allgemeinen, nichtsagenden, hohlen Schwanz hielt, wie es Stresemann in Hannover getan hat. Die schönen Versuche, mit denen man ihn als den großen Führer des Bürgerturns dort feierte, charakterisieren die politische Identlosigkeit der weitesten bürgerlichen Schichten:
Dem Prinzen gabst die Heimat Du,
In Sachsen schlugst Du mächtig zu,
Das neue Geld gabst Du dem Land,
Sei, Stresemann, mit Herz und Hand.

Das ist die Deutsche Volkspartei, wie sie lebt und leidet, das ist die typisch bürgerliche Partei der nach Bildung und Besitz maßgebenden Schichten, die die verhängnisvolle Entwicklung der deutschen Innenpolitik seit dem Sturz Wilhelms maßgebend beeinflusst hat. Schwarzweißrote Fahnen, nationale Phrasen, verschwommene Redensarten, unter denen sich jeder alles denken kann, kennzeichneten den Parteitag der Stresemann-Leute. Kein Wort über die wirklichen Probleme der deutschen Innen- und Außenpolitik; Redensarten und weiter nichts.

Das deutsche Bürgerturn ist von einer benennbar hoffnungslosen politischen Passivität und

niffes sein darf. Danach darf der Redakteur, wenn er gegen den Willen des Urhebers oder Herausgebers das Redaktionsgeheimnis verraten hat, deshalb bis zu einem Jahre nicht entlassen werden! Man vergleiche damit die schonungslose Strenge, mit der gegen den anständigen, pflichtbewussten Redakteur vorgegangen werden soll und man wird sich bewußt, daß es Herrn Svehla und den Seinen um die Züchtung einer besonderen Spezies von Verrätern zur Verhütung des Aufkommens neuer Affären zu tun ist, um den E.-H. Denunzianten!

Noch ist eine kleine Hoffnung vorhanden, daß der Gesekentwurf in seiner heutigen Form nicht Geltung erlangt, denn im eigenen Lager der Koalitionsparteien erheben sich ernste Stimmen gegen ihn. Die Koalitionseinigkeit wollten das Nachwerk durchpeitschen und sie lebten darin — ein Zeichen wie schmerzhaft sie die Enthüllungen der Presse empfinden! — sogar die vom 4. April rückwirkende Kraft des Gesetzes fest. Vielleicht wird es damit aber doch nicht so schnell gehen. Jedenfalls wird aber bei der Bedenkenlosigkeit der Regierungsparteien, die alle demokratischen Grundzüge in den Wind schlägt, damit zu rechnen sein, daß noch genug übrig bleibt, um die Presse zu droffeln. Der Widerstand gegen die beabsichtigte Einschränkung der Preßfreiheit muß fortgesetzt werden und er wird auch an dem Tage nicht aufhören, da dieses Schandwerk Gesetz wird!

Ungekümmert. Ihm fehlt der energische Trieb der jungen Bourgeoisie in den neu gegründeten Staaten, wie in Polen und der Tschechoslowakei. Ihm fehlt die Tradition in den großen Republiken des Westens, in Frankreich, England und Amerika. Es hat keine Revolution von 1848 schmächtig im Stich gelassen und seitdem nur unter der Hegelie der Hohenzollern Politik machen können. So kommt es, daß der typische deutsche Bürger von der Vergangenheit ideologisch träumt und in der Gegenwart sich zu einer aktiven, klugen und zielbewußten Politik nicht aufzuraffen vermag.

Die wichtigste Frage des Wahlkampfes um die für das Bürgerturn die Frage sein, welche Regierungsform nach dem 4. Mai erstrebt wird und welche Außenpolitik die neue Regierung treiben soll. Deutschland steht außenpolitisch vor Entscheidungen von der ungeheuersten Tragweite. Der Bericht der Sachverständigen wird in kurzer Zeit veröffentlicht. Deutschland wird sich endlich entscheiden müssen, ob es zahlen will oder nicht, ob der im Sommer vergangenen Jahres erfolgte Abbruch des passiven Widerstandes nur erfolgte, weil man überhaupt nicht mehr anders konnte, oder ob deswegen, weil man sich entschloß, in der Außenpolitik neue Wege zu gehen. Die Niederlage, die Deutschland außenpolitisch während der Ruhrbesetzung im Jahre 1923 erlitt, war deswegen so groß, weil die bürgerlichen Parteien zu einer aktiven Außenpolitik nicht zu bewegen waren. Der deutsche Bürger kann und will sich nicht davor finden, daß er den Krieg verloren hat und daß ein besiegtes Volk mit anderen Mitteln an seinem Wiederaufstieg arbeiten muß, als das in den schönen Zeiten Wilhelms II. möglich war. So treibt die deutsche Regierung und das deutsche Bürgerturn heute nach den bitteren Erfahrungen des schwarzen Einjahres wieder einer neuen außenpolitischen Katastrophe entgegen. Alle eindrucksvollen Lehren scheinen nicht genützt zu haben. Die Phrasen, die man aus Wilhelm Tell so gern zitiert, sollen scheinbar wieder dazu herhalten, ein neues deutsches Non possumus (Wir können nicht) zu verbrämen. Die Mittelparteien wagen nicht, eine klare Antwort auf die Frage zu geben, welche Außenpolitik sie in Zukunft zu betreiben gedenken. Selbst wenn der Reichsminister Dr. Marx gelegentlich vernünftiger Worte findet, die Presse der Mittelparteien hütet sich, den Wählern klar zu sagen, vor welcher außenpolitischen Entscheidung Deutschland steht, und Stresemann tut alles, um den kindlichen Phrasen der Nationalisten möglichst nahe zu kommen. Dabei sind die Führer der Mittelparteien zu einem Teile sicher einsichtiger als ihre Wählermassen. Sie begreifen sehr gut, daß wahrhaft nationale Befreiungspolitik nur auf dem Wege über zielbewußte Erfüllung möglich ist. Aber sie stehen unter dem Druck der Massen des deutschen Bürgerturns, die unpolitisch und gedankenlos Phrasen hören wollen.

Nicht weniger unklar ist das Verhalten der Mittelparteien zu Frage der künftigen Regierungsbildung. Alle gehen sie in einem großen Bogen um die Tatsache herum, daß eine lebensfähige deutsche Regierung ohne die Beteiligung der Sozialdemokratie nicht gebildet werden kann und daß eine Rechtsregierung oder ein Bürgerblock aus tausend Gründen eine Katastrophe für die innere Entwicklung Deutschlands werden müßte. Sie müssen schon deswegen ein solches offenes Bekenntnis vermeiden, weil dann sie auch zugeben müßten, daß alle bürgerlichen Parteien in den letzten Jahren sich immer mehr ins Schlepptau der Schwerindustrie begeben haben, daß der Vorstoß der Reaktion beim Bürgerturn keinen Widerstand gefunden hat. Die Kurz-

schichtigkeit ihrer Steuerpolitik, die jahrelang nur eine Steuerverweigerung war, ihre Feindschaft vor dem bürgerlichen Separatismus, der das Reich bis zum Grunde erschütterte und noch erschüttern wird, all das müßten sie eingestehen, wenn sie sich vor den Wählermassen offen dazu bekennen würden, daß ohne die Sozialdemokratie eine Gefundung Deutschlands nicht möglich ist.

Dieses Ausweichen des Bürgerturns ist die größte Gefahr für die weitere Entwicklung. Daraus entsteht die Möglichkeit, daß nach den Wahlen auch in Deutschland in der Reichsregierung bürgerliche Experimente betrieben werden. Wenn schon der bayerische Staat heute nach den Erschütterungen durch die Hiltlerleute ein Trümmerhaufen ist, wie wird erst Deutschland aussehen, wenn solche Möglichkeiten zur Wirklichkeit würden. All dem gegenüber ist die Sozialdemokratie die einzige wirkliche Stütze einer gesunden republikanischen freiheitlichen Entwicklung, die Deutschland und die Welt vor neuen außen- und innenpolitischen Katastrophen bewahrt. Ihr gilt deshalb der Hauptantrieb aller Feinde der Republik. Und von ihren Erfolgen wird die weitere

Gestaltung der deutschen Politik am meisten abhängen.

Ihr kommen erfreulicherweise die Folgen der veränderten Wirtschaftsverhältnisse am meisten zugute. Ueberall regen sich die Organisationen der Arbeiterbewegung, nehmen die Massen mit neuem Mut den Kampf gegen das Unternehmertum auf. Die letzten Wochen haben deutlich bewiesen, daß der Achtstundentag in Deutschland keineswegs erledigt ist, daß die Massen um ihn kämpfen und daß die Gewerkschaften imstande sind, ihn fast überall zu halten oder wenigstens den Boden für seine baldige Rückeroberung zu bereiten. Die neue Sammlung der Arbeitermassen kommt ausschließlich der Sozialdemokratie zugute und sie schädigt — auch das ist sehr beachtend — nur die Kommunisten. Die Sozialdemokratie geht in den Wahlkampf zuversichtlich hinein. Gewiß, mit 180 Mandaten wird sie nicht in den Reichstag zurückkehren. Aber sie wird bleiben, was sie war und immer sein wird: die zuverlässige, unentbehrliche Stütze der Republik, die stärkste Partei des Reichstages, deren Einfluß auszuschalten niemandem gelingen wird.

Annahme des Mieterschutzgesetzes.

Prag, 8. April. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hatten sich endlich, nachdem alle Rechenkünste der Regierung hinsichtlich der Korrektur des unangenehmen Wahlergebnisses in Karpathorussland mißglückt sind, die neuen Vertreter des karpathorussischen Volkes eingefunden. Es sind dies der ungarische Kommunist Dr. Josef Gati, der ruthenische Kommunist Nikolaus Sedorja, der ruthenische Kommunist Ivan Mondol und der slowakische Kommunist Emanuel Sazransko, ferner der der Agraropposition angehörende Ivan Kurtsjak, der ungarische Oppositionelle Dr. Andrej Korlath, der Trudovit Dr. Andrej Gogalko; der in Karpathorussland gewählte Abgeordnete der tschechischen Agrarpartei Sjerestj; war noch nicht erschienen und es heißt, daß er zugunsten Dr. Kaminskis, des agrarischen Parteisekretärs, auf sein Mandat verzichtet wird. Dr. Kaminski gilt als eigentlicher Führer der karpathorussischen Regierungspartei.

Präsident Tomasek begrüßte diese neuen Mitglieder des Abgeordnetenhauses mit einer Ansprache, in der er zu gemeinsamer Arbeit „Hand in Hand“ aufforderte und den Karpathorussen wünschte, sie möchten sich „unter uns wie zu Hause fühlen“. Die Abgeordneten leisteten hierauf die Angelobung in russischer, magyarischer, kleinrussischer, slowakischer und tschechischer Sprache, wobei ihnen von den slowakischen Volksparteilern „Sie leben hoch!“ zugerufen wird. Meria (Kommunist) rief dazu: „Schwören läßt man sich, aber reden dürft ihr nicht!“ Der Kommunist Matuskal sekundierte ihm von der Galerie mit dem profanen Zuruf: „Es lebe der Kampf gegen die Korruption!“ Womit, an seine Pflicht erinnert, das Parlament sich dem Alltag wieder zuwandte. . . .

Fortsetzung der Mieterschutzdebatte.

Sobann verhandelte das Abgeordnetehaus die Tagesordnung und zwar setzte es die Debatte über die Mieterschutzvorlage fort.

Bisbee (tschech. Soz. dem.) bezeichnet die Vorlage als Mittelweg, als sozial gerecht und zweckmäßig. Die Vorlage stelle das geringste Uebel dar. Wenn es beseitigt werden sollte, müßte eine neue Art der Bauförderung gefunden werden.

Klein (tschech. Unabhängiger) führt Fälle von Wohnungsleere im Gebiete von Groß-Prag an. Schälgh (d. Christ. soz.) steht in der Wohnungsfrage einen wichtigen Teil der sozialen Frage, an deren Lösung alle Faktoren mithelfen müssen. Die Bedeutung der Wohnungsfrage für Volksgesundheit, Sittlichkeit und sozialen Frieden darf nicht verkannt werden. Heute steht der starke Nachfrage nach Wohnungen kein entsprechendes Angebot gegenüber. Unter diesen Verhältnissen muß den Mietern gesetzlicher Schutz geboten werden. Er ist ein Uebel (!), aber ein notwendiges, und das Ziel muß sein, ein ollmäßlicher Abbau des Mieterschutzes.

Josef Fischer (Soz. d. Landw.) sagt, daß die in Verhandlung stehende Vorlage einseitig und unsozial sei. Nach der Auffassung der meisten Mieter sei der Hauseigentümer nahezu vogelfrei (!). In dieser Ansicht wird der Mieter noch dadurch bestärkt, daß die Gerichte angeblich fast ausschließlich den Standpunkt der Mieter wahren. Durch das vorliegende Gesetz würden aber Verhältnisse geschaffen, welche die private Baukunst vollständig untergraben. Redner tritt schließlich dafür ein, daß auf dem flachen Lande und in den Landstädten bis zu 3000 Einwohnern das Mieterschutzgesetz restlos aufgehoben werde.

Soral (tsch. Gewerbetr.) spricht sich für den Mieterschutz der Kaufstädte aus.

Matoušek (Nationaldem.) nennt das Gesetz ein elendes und sagt, daß es nicht wahr sei, daß die Mieter die sozial Schwächeren seien. Ein Narr wäre der, wer bei uns große Wohnungen bauen würde.

Sehnert (Deutschnat.) sagt, das vorliegende Gesetz sei ein Ueberbleibsel der Nachkriegszeit. Die bestehende Wohnungsnot werde so lange nicht verschwinden, als die Zwangswirtschaft aufrecht erhalten bleibt. Die Deutsche Nationalpartei wird gegen das Mieterschutzgesetz stimmen.

Nach dem tschechisch-kerikalischen Bejdel und dem slowakisch-kerikalischen Labah spricht Wenzel (tsch. Nationalsoz.), welcher sagt, daß jede Verschärfung der Mietverhältnisse, welcher Art auch sie immer sein mag, keine Befreiung von der Wohnungsnot bringen kann.

Eine Abrechnung mit den deutsch-bürgerlichen Mieterschutzheinden

stellte die Rede des Genossen Rudolf Fischer dar. Redner sagte u. a.: Es hat der Sprecher des Bundes der deutschen Landwirte Fischer die Vorlage als unvernünftig, unsozial und einseitig bezeichnet, aber nicht vielleicht aus dem Grunde, weil diese Vorlage den Mieterschutz einseitig gegenüber den bisherigen Bestimmungen, sondern er hat diesen Ausdruck gegenüber der Vorlage gewählt, weil das Gesetz nicht den Hausherren, sondern die Mieter schütze. Er hat verlangt, Schutz den Hausherren und nicht Schutz den Mietern und hat als schwersten Fehler des Gesetzes bezeichnet, daß es so tiefe Eingriffe in das Privateigentum macht. Er hat nur vergessen hinzuzufügen heiliges Privateigentum. Seine ganze Rede kann man mit drei Worten kennzeichnen: Schutz den Besitzern. Er hat nur Verständnis für die Sorgen der Hausherren, ihm drücken nicht die bänglichen Sorgen der Mieter, er sieht nicht die

Menschen, welche heute in elenden Wohnstätten wohnen.

welche obdachlos sind, ihm bedrückt nur, daß es durch das Gesetz den Hausherren unmöglich gemacht ist, die Mietzinse nach ihrem Belieben zu steigern. Er bezeichnet das Gesetz ausdrücklich als solches, durch das das Privateigentum schon sozialisiert worden wäre. Das Mieterschutzgesetz an sich ist ihm bereits Sozialisierung des Privateigentums. Wir müssen gestehen, wenn Fischer über die Sozialisierung derartiger Ansichten hat, können wir ihm auf dem Gebiete unmöglich folgen, und müßten eine solche Sozialisierung auch auf anderen Gebieten unserer Volkswirtschaft ablehnen, trotzdem wir Sozialdemokraten und er ein Vertreter der bürgerlichen Partei ist. Vogel-frei ist nach seinem Begriffe der Hausherr und der Hausbesitzer und er sagt weiter, die Gerichte — er macht diesen Vorwurf vor allem bezüglich der deutschen Gerichte — verteidigen noch dazu die Hausherren. Diese Verteidigung kann man sich nicht anders auslegen, als daß die deutschen Richter zu Gunsten der Mieter das Gesetz einseitig anwenden würden, also nicht objektiv rechtssprechen, eine Sache, die die deutschen Richter selber mit Fischer ausmachen mögen. Der Kollege Fischer sieht zum Unterschied von uns nicht das Wohnungsleere; kein Wort in seiner ganzen langen Rede ist den Sorgen der Mieter gewidmet. Er verlangt auch die Aufhebung generell für alle Orte und alle städtischen Städte — er hat diesen Unterschied von den Landstädten besonders betont — die nicht mindestens 3000 Einwohner zählen. Fischer macht sich wahrscheinlich selber keine Vorstellung davon, was die Aufhebung des Mieterschutzgesetzes nach sich bringen würde. Die Aufhebung des Mieterschutzgesetzes ist nicht nur eine Frage für die Arbeiterschaft, sondern auch eine solche des Gewerbestandes und auf den Dörfern gerade für die Schichten, welche nicht unserer Partei anhängen, sondern heute noch den bürgerlichen Parteien ihre Stimmen geben. Diese müßten die Aufhebung des Mieterschutzes noch schwerer empfinden, als die Arbeiter selber. Es ist eine Frage der Lehrer, eine Frage der Beamten, und nicht nur die Frage ob die Menschen, die auf Grund der Aufhebung des Mieterschutzgesetzes delogiert werden, keine Wohnung finden, sondern es ist auch eine Frage, wie alle diese Stände, Lehrer, Beamten usw. die ungeheure Erhöhung der Mietzinse, die die Beseitigung des Mieterschutzes nach sich ziehen würde, ertragen würden, mit welchen Mitteln sie einer solchen Verschlechterung ihres Lebensniveaus unbedingt entgegenzutreten müßten.

Der Leib der Mutter. 17

Roman von Gise Feldmann.

Die ungewohnte, frische Luft machte die Kinder müde. Die Kleinen im Kinderwagen waren eingeschlafen. Der kleine Otto sah auf Laichs Knieen, die Kermichen hatte er um seinen Hals gelegt und schlief. Der andere Knabe hatte seinen schweren Wasserlopf auf der Tischplatte liegen. Nur das verwachsene Mädchen hatte wache, ewig fragende Augen. So saßen sie, von Musik umtost. Manchmal erhob sich ein Wind und brachte Abendluft. — Die Sonne sank. — Zwei Stroche, Taugenichtse, die herum-schlenderten, pflanzten sich vor Flora auf und stellten schamlose Fragen an sie. Und sie, die wieder einmal echte Männer sah, ließ sich mit ihnen ein.

Junge Buntchen und verdorbene Gaskwüßlige blieben stehen und hörten mit Genuß zu. Sie hatte sich zu ihnen gelehrt, lachte und ging auf alles ein. Voll Befreiung atmete sie auf: sie war in ihrem Element.

Fräulein Flora! Ermahnte Laich sanft und traurig. Laich nickte in Ruhe, rief sie hinüber. Sie erzählte den Strochen die Geschichte von dem Hindenwagen.

Aber Fräulein Flora, sagte Laich. Erbstohle lehrte sie ihm den Rücken. Und schließlich fiel ihm ein, wie sie damals in der Gasse vor ihm ausgepudelt hatte; ja, das war dieselbe. . . .

Die Stroche widerien ein Abenteurer, sie schlugen sich auf die Schenkel vor Lachen. Blüchlich packte sie den Kinderwagen und schleuderte ihn Laich zu. Da hast du, schrie sie, da hast du deine Krüppelbande!

Die Kinder schrien erschreckt auseinander und fingen an zu schreien.

Laich beugte sich über sie und beruhigte sie. Flora ging in Begleitung der Stroche davon. Alle paar Schritte blieb sie stehen, lehrte sich um, wie es roh mit dem Finger hin, und erzählte allen, die zuhörten, daß sie ohnehin so nervös sei, daß sie aber keinen „Wurstel“ aus sich machen lasse. Es war ein großes Gaudium und Theater für die vielen Tagelöhne.

Am Ende schickte Laich nach einem Dienstmann, der den Kinderwagen heimwärts schob. In der Gasse erwartete man die Ankunft. Drei Tage dauerte das Gelächter und der Spott.

Schuster Fehrenheit war nicht immer der wortfarge, stille Herrscher im Reiche der alten Sitzel.

Ja, ja, sagte sein Weib im Gespräch mit den Nachbarinnen, er ist kein schlechter Mann, aber er hat keine Tage; dann fängt er schon in der Früh zu lärmern an, und das geht so den ganzen Tag. Die Kunden schickt er weg mit Grobheiten. Ich muß ihnen nachlaufen, um sie gutzumachen, sonst hätten wir nicht Geld aus Brot. Und wehe, wenn ihm dann eins von den Kindern in den Weg kommt. Er schimpft sie und weist ihnen ihre Krankheit vor, und nicht flucht und schlägt er. Das kommt aber nur sehr selten vor, nur alle fünf, sechs Wochen. Wenn seine Zeit vorüber ist, ist er wieder der bravste Mann. Ja, ja, es ist nicht anders, man muß zufrieden sein. Es ist bei uns nicht anders als bei allen armen Leuten. Das Leben hat uns nicht in die schönste Sonne gestellt. Ich bin ihm nicht böse, wenn er mich schlägt; nächstens ist er ja wieder gut und kommt von selbst zu mir. Nein, ich habe keine Feindschaft, und im Grabe werden wir beide untre Kuche finden. . . . Das war die ganze Weisheit von Frau Fehrenheit, der Schustersfrau.

In einiger Zeit mußte sie wieder ein Kind zur Welt bringen. Dann kamen wieder die

Plagen, die sie schon achtmal hinter sich hatte. Diesmal hätte sie nicht mehr geglaubt, daß es wieder etwas wird. Denn sie war schon herunter, ihre Brüste waren dürr und schlaff. Die Milch wird nur tropfenweise kommen. . . . Dann war wieder alles da, das Windel waschen bei Tag, die bei Nacht trocknen, die Krankheiten, die Angst, der Gestank, das Geschrei; und die Unmenge Arbeit, das Kochen mit Spiritus, das Nachfüllen der Flasche mit warmem Tee und Weis, das Einpacken und Auspacken — o weh — o weh — man wurde müder, als ein Tier. . . . Nach diesem aber keines mehr! warteten die Nachbarinnen.

Ja, wie denn? Der Mann. . . . Dann soll er eben achtgeben. Er denkt nicht dran, wenn er dabei ist. . . . Ihr wißt ja alle, wie unsere Männer sind. Jawohl, sie wußten es.

Aber ich werfe den Meinen aus dem Bett. Ich habe vier und genug! Wir können die nicht erhalten und müssen bei der Wohlthätigkeit um Kleider betteln. Mein Mann ist Arbeiter in der Eisfabrik. Aber jeden Abend, ehe wir schlafen gehen, hört er von mir: Nimm dich in acht, wenn noch einmal etwas geschieht, geh ich mit allem ins Wasser!

Eine der Nachbarinnen sagte: Ich habe das auch so gewollt, aber er sagte, das tut er nicht, er rümiert sich nicht für mich. Er ist noch ein junger Mann und er hat seine Leidenschaft in sich. Und weil ich es nicht wollte, ist er zu einem Freimüßl gegangen und dort hat er sich was geholt. Jetzt ist er im Spital.

Unfreie Männer wollen nichts anderes, als unser Unglück, sagte eine.

Sieht einmal die Frau vom Gutmacher Wiezel, Die Polizei wollte sie zu Hilfe rufen. Mit allen Mädchen in der Fabrik fängt er an und jetzt hat er eine fixe Geliebte. Er verdient gut, aber was tut er es ihm, sein Geld? Ich r schön, na-

türlich, ihr kaufen, ihr geben, damit sie ihn gibt. Haha, haha. Die Frau ist ihm nicht mehr schön genug, sie ist ihm zu abgenützt. Es gibt immer jüngere, schönere, die dran müssen. Und jedes Jahr ein Kind, ja, dazu ist sie gut genug. Am Morgen Prigel und in der Nacht „Siebe“. Er trinkt, sagte eine, Gutmacher Wiezel trinkt.

Wer von den Männern trinkt nicht? Sie trinken und prägen uns und machen uns Kinder, dazu sind sie auf der Welt.

Ich sag es ja, unser Unglück sind sie, und wir können uns nicht helfen. In den Wohnungen schrien und wählten sich die Kinder. Die Frauen mühten zu ihnen rennen. Ein Kleiner kam mit der Nachricht, das Schwesterchen sei aus dem Wagen gefallen. Er belam auf der Stelle zwei Ohrfeigen; warum hatte er nicht aufgepaßt. Nur essen? —

Laich stand in der offenen Tür und wartete, bis sich die Frauen zerstreuten. Er mied es, jemand im Hause zu begegnen, denn er war nicht gut angeschrieben, seit der Ausfahrt mit dem Hindenwagen. Wann immer er sich zeigte, hörte er Röhren und Zureufe. Man hielt ihn für einen Narren und Sonderling. Für sein letztes, fünfziges Geld hatte er Spielsachen für den kleinen Otto und für die Schwesternkinder gekauft. Sie besaßen nicht das kleinste Spielzeug. Nun wollte er es ihnen hinunterwerfen. Bei dieser Gelegenheit wollte er nachsehen, ob die Atlasstube noch dort waren.

Er ging die Kellertreppe hinunter und hörte Lärm.

Beim Schusterfisch sah niemand. Der Meister hatte „seinen Tag“. Er machte sich eben auf, um in die Schenke zu gehen. Schimpfend und polternd, schon am Morgen betrunken, wankte er hinaus, um sich aufs Neue zu betrinken. . . . Nun werden sie in Furcht und Zittern auf seine Heimkehr warten. . . . (Fortsetzung folgt.)

Die Aufhebung des Mieterschutzgesetzes würde ganz andere Folgen zeitigen, als die Aufhebung irgend eines anderen Zweiges der Zwangswirtschaft.

Wohnungen kann man nicht über Nacht schaffen, wie man etwa Lebensmittel herbeischafft, Wohnungen sind etwas, was sich erst nach Jahr und Tag erschaffen läßt, weil an ihnen ununterbrochen gearbeitet werden muß.

67 Wohnungen über 700 Leute beherbergen.

Es kommen also auf eine Person zweieinhalb Kubikmeter. Das alles berührt Fischer nicht. Er sieht das alles nicht! Wenn sich die Stimme erhebt für die Abschaffung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen, dann dürfe auch nicht übersehen werden, daß das Mieterschutzgesetz sich nicht auf Neubauten bezieht.

Fischer hat verlangt, daß das Mieterschutzgesetz falle und daß das frühere patriarchalische Verhältnis zwischen Hausherrn und Mieter wiederhergestellt werde. Da möchten wir doch ein Wort zu dem Verhältnis zwischen dem Hausherrn und dem Mieter überhaupt sagen.

das Wort vom Hausbesitzer, der Herr in seinem Hause sein muß

und man will nicht einsehen, daß zwischen dem Hausherrn und dem Mieter doch ein Vertragsverhältnis besteht und daß derjenige, der die Wohnung bezahlt, also einen ganz wesentlichen Teil seines Einkommens opfern muß, um wohnen zu können, doch auch ein Recht haben muß, bei der Regelung dieses Vertragsverhältnisses mitzuwirken.

der Vertreter des Bundes der Landwirte, der als erster Stellung gegen das Mieterschutzgesetz nimmt,

der jede Regelung der Bauförderung aus staatlichen Mitteln verwerft. Ein bürgerlicher Vertreter der Tschechen, ein Nationaldemokrat, hat davon gesprochen, daß dieses Gesetz, anstatt ein Fenster aufzumachen, nur ein Loch aufreißt.

Die Abstimmung.

Am 5 Uhr 30 Minuten wurde zur Abstimmung geschritten, welche bis 6 Uhr 30 Minuten dauerte. 107 Änderungsanträge wurden abgelehnt, darunter auch sämtliche von unseren Genossen zum Schutze der Mieter eingebrachten, und die Vorlage unverändert angenommen.

Sodann referierte noch Abg. Tazerte über das Gesetz betreffend die Verschiebung der gesetzlichen Mänumung von Wohnungen, welches ebenfalls in erster Lesung angenommen wurde.

Zum Schluß der Sitzung gab es noch einen kleinen Kravall, als die Koalition die Dringlichkeitsinterpellation Skafal über die Wahlen in Karpatorhland ablehnte, was von

den kommunistischen Abgeordneten, insbesondere den Reugewählten, mit stürmische m Widerspruch aufgenommen wurde.

Nächste Sitzung: Heute, Mittwoch, 1 Uhr mittags. Auf der Tagesordnung befindet sich als erster Punkt die Immunitätsvorlage.

Die Abänderung des Kriegsbeschädigtenfürsorgegesetzes im Senat.

Prag, 8. April. In der heutigen Sitzung des Senats, die um 17 Uhr 15 Min. begann, hielt Sen. Dr. Soukup vor Eingang in die Tagesordnung einen Nachruf für den verstorbenen tschechoslowakischen Gesandten in Berlin, Genossen Blaštinnil Tufar, der vom Hause stehend angehört wurde.

Hierauf leisteten die neuen Senatoren aus Karpatorhland das Gelöbniß. Nach Annahme des Handelsvertrages mit Großbritannien und Bewilligung einer weiteren Frist zur Behandlung des Senatsbeschlusses über die Militärstrafe, wurde sodann die Abänderung des Gesetzes für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Beratung gezogen. In der Debatte über diese Abänderung, die die Einkommensgrenze festsetzt, über die hinaus ein Anspruch auf die Kriegsbeschädigtenrente nach dem Gesetze vom 20. Feber 1920 nicht gemacht werden kann, führte

Genosse Friedrich

aus: Die in Rede stehende Gesetzesvorlage bringt eine Herabsetzung der Einkommensgrenze von 6000 auf 5000 resp. bei Selbständigen von 12.000 auf 10.000 Kronen. Die Voraussetzungen für diese Herabsetzung, nämlich ein Nachlassen der herrschenden Teuerung, sind aber nicht eingetreten. Ich habe bereits bei einer früheren Gelegenheit den Standpunkt unserer Partei zur Kriegsbeschädigtenfürsorge gekennzeichnet und muß auch heute wiederholen, daß unsere Partei auf dem Standpunkte steht, daß die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und die Witwen und Waisen nach gefallenem Krieger ein eminent wichtiges soziales Problem darstellt, bei dessen Lösung sich die Regierung keinesfalls auf einen engeren fiskalischen Standpunkt stellen darf.

Ich will hier nur ganz allgemein erklären, daß die Fürsorge für die Kriegsverletzten, sowie für die Hinterbliebenen sehr viel zu wünschen übrig läßt. Immer noch sehen wir die Opfer des schandwürdigsten Verbrechens auf Straßen und Plätzen, wo sie das Mitleid der Vorübergehenden anrufen. Sie bilden eine furchtbare Auflage gegen die Gesellschaft, eine kategorische Aufforderung, mit diesen himmelschreienden Zuständen endlich aufzuräumen. Es soll nicht bestritten werden, daß in der Kriegsbeschädigtenfürsorge manches geleistet wurde, daß dem Staate mit der Kriegsbeschädigtenfürsorge eine schwere finanzielle Last aufgebürdet wurde und daß dem Landesamte für Kriegsbeschädigte nicht die nötigen Mittel zur Verfügung stehen, um eine klaglose Abwicklung der Fürsorgetätigkeit zu ermöglichen. Aber solange der Staat für den Militarismus Milliarden buchstäblich zum Fenster hinauswirft, müssen wir gegen die Regierung und die Koalitionsparteien den Vorwurf erheben, daß sie nicht alles getan haben, um eine klaglose Kriegsbeschädigtenfürsorge herbeizuführen.

Zum Schlusse möchte ich noch auf die ganz unzulänglichen Witwen- und Waisenrenten hinweisen. Es ist doch ganz ausgeschlossen, daß eine Witwe mit drei bis vier Kindern mit 2400 Kronen jährlich leben kann. Insbesondere weise ich darauf hin, daß bei der Rentenanzweisung noch immer nach dem Gesetze vom 20. Feber 1920, statt nach dem Gesetze vom 25. Jänner 1922, welches eine wesentliche Verbesserung des Gesetzes beinhaltet, vorgegangen wird, und daß viele Tausende von Fällen vorliegen, bei welchen die Rente überhaupt noch nicht bemessen, eine Nachzahlung bis heute nicht stattgefunden hat. Dann gibt es noch zahlreiche Fälle von Wiederverheiratung von Witwen, bei denen die Abfertigung nach den Bestimmungen des § 19 des genannten Gesetzes noch nicht durchgeführt ist.

Es ist unsere Pflicht, die Regierung immer und immer wieder zu ermahnen, für die Kriegsverletzten alles aufzuwenden, um ihr trauriges unerschütterliches Schicksal zu mildern. Nur dadurch können die Wunden, die der unheilvolle Krieg geschlagen hat, wieder geheilt werden.

Von einer Einbringung von Änderungsanträgen haben wir abgesehen, da wir von der Ungültigkeit des Einbringens überzeugt sind, nachdem die Anträge ohnehin abgelehnt worden. (Lebhafte Beifall.)

Die von anderen Parteien eingebrachten Änderungsanträge wurden auch sämtlich abgelehnt, die Abänderungsvorlage im vorgelegten Wortlaut angenommen.

Nach einer kurzen Unterbrechung fand eine zweite Sitzung statt, in der die Regierungsvorlage über die internationalen Seeschiffahrts- und Wasserwegerechte angenommen wurde.

Das Arbeitsprogramm des Senats.

Prag, 8. April. In der heutigen vor der Hausung stattgefundenen Klobobmannerkonferenz wurde zuerst die Tagesordnung durchbesprochen. Die nächste Sitzung des Senats findet am Donnerstag, um 4 Uhr nachmittags, statt. Dann tritt eine Pause bis nach den Osterfeiertagen ein. Genosse Dr. Heller richtete in der Konferenz an den Vorsitzenden die Anfrage, warum das Offiziantengesetz, welches Ende 1922 von beiden Häusern angenommen, jedoch vom Präsidenten nicht genehmigt wurde, nicht neuerlich beraten wird. Die Vorlage sei bereits im sozialpolitischen Ausschusse erledigt worden, aber im Budgetausschusse liegen geblieben. Der Vorsitzende versprach, der Sache nachzugehen und in der nächsten Sitzung darüber zu berichten.

Die politischen Vorlagen im Verfassungsausschusse.

Die Immunitätsbeschränkung angenommen. — Einsetzung eines Subkomitees zur Beratung der Inkompatibilität.

Die Debatte über die Regierungsvorlage betreffend die Unterbrechung der Verjährung in Immunitätsfällen wurde im Rechts- und Verfassungsausschusse am 7. April 1924 fortgesetzt. Um allen Einwendungen, daß private Interessen durch die Immunität gefördert werden könnten, entgegenzukommen, brachte Abgeordneter Genosse Dr. Haas den folgenden Antrag ein:

„In allen aus Gewinnsucht begangenen strafbaren Handlungen eines Mitgliedes der Nationalversammlung, sowie in allen Fällen, in welchen durch die strafbare Handlung eines Mitgliedes der Nationalversammlung die Ehre, die persönliche Freiheit, die körperliche Sicherheit oder sonstige private Interessen von Einzelpersonen verletzt oder gefährdet werden, wird die Verjährung der Strafverfolgung vom Tage an, an welchem um die Zustimmung der zuständigen Kammer zur Strafverfolgung angefragt wurde, gehemmt.“

Abg. Gen. Hadenberg begründete diesen Antrag, indem er darauf hinwies, daß durch die unzureichende Fassung alle in der Debatte geäußerten Bedenken zerstreut werden; falls es sich der Koalition tatsächlich nicht darum handelt, die Immunität praktisch aufzuheben, so muß sie den Änderungsantrag akzeptieren. Der Referent Dr. Patejdl versuchte die Vorlage zu verteidigen, indem er den Antrag der deutschen Sozialdemokraten bald als zu weitgehend, bald als zu engherzig bezeichnete. Bei der Abstimmung wurde der Änderungsantrag mit den Stimmen der Koalition abgelehnt und die Regierungsvorlage zum Beschluß erhoben.

Hierauf gelangte das Inkompatibilitätsgesetz zur Verhandlung. In die Generaldebatte griff nur der Vertreter der deutschen Sozialdemokraten ein, während alle anderen Parteien sich in Schweigen hüllten. Gen. Dr. Haas führte aus: Bei Beurteilung des Gesetzesentwurfes muß es uns klar sein, daß durch die schärfsten gesetzlichen Bestimmungen die Korruption nicht verhindert, sondern nur erschwert werden kann. Die politische Moral kann durch Strafgesetze nicht geschaffen werden, sondern muß eine natürlich gewordene, selbstverständliche Eigenschaft der im öffentlichen Leben tätigen Personen sein. Ungarn hat schon lange Zeit ein Inkompatibilitätsgesetz, trotzdem gedieh in Ungarn die Korruption am besten. Diese historische Erfahrung muß uns die Pflicht auferlegen, mit besonderer Vorsicht und Genauigkeit an der Schaffung des Inkompatibilitätsgesetzes vorzugehen, damit aus einem Gesetze zur Bekämpfung der Korruption nicht ein Gesetz zur Vermeidung der Korruption wird. Genosse Dr. Haas unterzog hierauf eine Reihe von Bestimmungen des Gesetzes einer eingehenden Kritik und beantragte die Wahl eines Subkomitees. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Koalitionsparteien abgelehnt.

In der Sitzung vom 8. April wurde die Verhandlung über das Inkompatibilitätsgesetz fortgesetzt und sofort mit der Spezialdebatte begonnen. Zu § 1 brachten die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten mehrere Änderungsanträge ein, welche den Zweck verfolgten, die Wirksamkeit des Gesetzes in der Praxis sicherzustellen. Abgeordneter Gen. Hadenberg begründete in längerer Rede die Änderungsanträge, indem er insbesondere darauf hinwies, daß es unbedingt notwendig ist, das Inkompatibilitätsgesetz nicht nur auf die Mitglieder der Nationalversammlung zu beschränken, sondern auch auf die Mitglieder der Regierung, welche nicht Abgeordnete sind, auszudehnen. Der Absatz des § 1 sei geeignet, die Bestimmungen des ersten Absatzes praktisch auszuheben und somit der Korruption Tür und Tor zu öffnen.

Der tschechische Sozialdemokrat Dr. Meißner versuchte die Anträge der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten zu § 1 zu entkräften, mußte jedoch erklären, daß diese Anträge genau studiert werden müssen, so daß eine Abstimmung nicht sofort möglich sei. Abg. Gen. Dr. Haas entkräftete die gegen die Änderungsanträge vorgebrachten Einwendungen. In die Debatte

griffen fernerhin die Abgeordneten Kofka, Ulrich, Bid, Měch, und Spáček ein.

Abg. Gen. Dr. Cech beschäftigte sich hierauf mit den in der Debatte vorgebrachten Anregungen und Einwendungen gegen die eingebrachten Abänderungsvorschläge und wendete sich insbesondere gegen den von einigen Seiten gemachten Versuch, die Änderungsanträge durch ausgeklügelte Fälle ad absurdum zu führen. Ein besonderes Gewicht sei insbesondere darauf zu legen, daß die Bestimmungen des Inkompatibilitätsgesetzes auch auf die Mitglieder der Regierung zu beziehen sind, insofern sie nicht Abgeordnete sind, da ja in dem von der Regierung in Aussicht gestellten Gesetze zur Bekämpfung der Korruption innerhalb der lebenden Staatsbeamten die Minister nicht getroffen werden könnten. Gen. Dr. Cech beantwortet hierauf mit Rücksicht auf die große Zahl der bisher vorgebrachten Anträge und Anregungen die Wahl eines Subkomitees zur Durchberatung der Vorlage und der von den Mitgliedern überreichten und angehängten Änderungsanträge. Nachdem noch Genosse Hadenberg die vom Abg. Ulrich geführte unsachliche Polemik in energischer Weise zurückgewiesen hatte, wurde der Antrag des Abg. Dr. Cech auf Einsetzung eines Subkomitees angenommen. Für die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten wurde Abg. Gen. Dr. Haas in das Subkomitee entsendet.

Inland.

Die Journalisten und der Pressegesetzentwurf.

Am Sonntag fand eine gemeinsame Sitzung aller deutschen Journalisten- und Schriftstellerorganisationen statt, bei der auch zwei Vertreter der Vereinigung der Redakteure der deutschen sozialdemokratischen Parteipresse anwesend waren. Das Ergebnis der Beratung war eine Entschlieung der Redakteure der bürgerlichen Blätter, in der sie gegen den neuen Pressegesetzentwurf protestieren. (Die Redakteure unserer Parteipresse haben ihren Standpunkt bereits in einer von uns Samstag veröffentlichten Erklärung zum Ausdruck gebracht.) Außerdem wurde ein dreigliedriges Komitee gewählt, welches mit den Vertretern der tschechischen Journalistenorganisationen Fühlung nehmen sollte. Dies ist mittlerweile geschehen und das Ergebnis dieser Fühlungnahme war eine gemeinsame Versprache deutscher und tschechischer Journalisten aller Parteirichtungen beim Vorsitzenden des Rechts- und Verfassungsausschusses des Abgeordnetenhauses Dr. Hubau und beim Referenten des Pressegesetzentwurfes Abg. Dr. Medoehy. Die Vertreter der verschiedenen Journalistenorganisationen legten den beiden genannten Abgeordneten ihre schweren Bedenken gegen den Regierungsentwurf vor. Namens aller Journalistenorganisationen in der Tschechoslowakischen Republik erklärte Chefredakteur Bichl, daß die Organisationen die Festsichtigung der Vorlage verlangen. Die Forderung der Journalisten gehe nach einem neuen Pressegesetz. Die deutschen und tschechischen Journalistenorganisationen werden ein gemeinsames Gutachten zu dem Pressegesetzentwurf überreichen. Dergleichen wurde die Forderung erhoben, daß bei jeder pressegesetzlichen Reform die Vertreter der Journalistenorganisationen zuvor zu hören sind. Es ist zu hoffen, daß das gemeinsame Vorgehen der deutschen und tschechischen Journalistenorganisationen von Erfolg begleitet sein wird.

Ausland.

Die jugoslawische Parlamentskrise.

Die von der Opposition gegebene Erwartung, daß die Sitzung der Stupschina für Dienstag einberufen werden wird, hat sich nicht erfüllt. Baskić soll es nämlich gelungen sein, den König, der nach Belgrad wieder zurückgekehrt ist, davon zu überzeugen, daß die Verifizierung der Mandate der kroatischen Abgeordneten keineswegs wichtig und dringend sei, und daß deshalb der Vertagung des Parlamentes bis Mitte Mai nichts im Wege stehe. Auch der Ministerrat hat sich diesem Standpunkte angeschlossen und stellt es Baskić anheim, den Zeitpunkt für die Wiederberufung der Stupschina nach Gutdünken zu wählen. In Regierungskreisen erwartet man, daß die Stupschina erst Mitte Mai einberufen werden wird, um den Willen des Königs über die Ausschreibung der Neuwahlen für den Monat August zur Kenntnis zu nehmen.

Angeichts dieser Sachlage verdient eine Montag abgehaltene Versammlung der Mitglieder des Oppositionsblockes einiges Interesse. Diese Zusammenkunft der oppositionellen Abgeordneten gestaltete sich zu einer politischen Manifestation, die in einer Entschlieung ausklang, wonach die Frage der staatlichen Verfassung und Verwirklichung mehr in brüderlichem Einvernehmen aller drei Stämme des Volkes zu regeln sei. Der Führer des Blockes, Davidović erklärte, daß der oppositionelle Block 120.000 Wähler repräsentiere, während die Regierung nicht einmal über die Hälfte der Wählerschaft verfüge. Davidović protestierte dagegen, daß die kroatischen Abgeordneten an dem Eintritt in das Parlament verhindert werden. Der kroatische Abgeordnete Kobacević erklärte, daß die Kroaten für den Staat seien, aber nicht für einen solchen Staat, der Baskić

vertretern die freie Meinungsäußerung verbiete. Der Führer der slowenischen Merisalen Korose verweist auf die Notwendigkeit einer nationalen Konzentration, damit auch die unter italienischer Herrschaft lebenden Jugoslawen befreit werden. Er hoffe, es noch zu erleben, daß den Jugoslawen alles Land zwischen der Adria und dem Schwarzen Meer gehören werde. Der Führer der bosnischen Mohammedaner Spaho gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß der König dafür sei, daß im Lande Gleichheit, Gesetz und Gerechtigkeit herrsche.

Telegramme.

Das Ergebnis der bayerischen Wahlen.

München, 8. April. (Wolff.) Die nunmehr abgeschlossene Zählung der Stimmen für die bayerischen Landtagswahlen ergibt aus 197 Wahlbezirken folgendes Bild: Sozialdemokraten 433.821, Kommunisten 203.017, Bayerische Volkspartei 919.587, Völkischer Block 491.862, Bayerischer Bauernbund und Mittelstandsband 207.422, Vereinigte nationale Rechte 197.509, Deutscher Block 73.818, Nationalliberale Landespartei 29.416, Christlichsoziale Partei 22.929, Beamtenpartei Statofiel 19.480.

Für den Volksentscheid, bei dem die Stimmenzählung noch nicht beendet ist, wurden bis jetzt gezählt: 1.224.017 „Ja“, 1.263.892 „Nein“.

Bei den letzten bayerischen Wahlen in den Landtag erhielten: Bayerische Volkspartei 1.154.466, Mehrheitssozialdemokraten 487.060, Unabhängige Sozialisten 388.613 (bei den diesjährigen Wahlen bildeten die beiden letztgenannten Parteien die Partei der vereinigten Sozialdemokraten), die Deutschnationalen 404.611, Demokraten 285.494, Bayerischer Bauernbund 235.494, Kommunisten 51.134. Zu bemerken ist, daß die bayerische Rheinpfalz erst am 4. Mai wählen wird, so daß man zu der Stimmenanzahl bei den Wahlen am Sonntag noch etwa neun Prozent hinzurechnen muß. Der Völkische Block existierte im Jahre 1920 noch nicht, so daß dieser alle Stimmen neu erzungen hat.

Das Chaos nach der Wahl.

München, 8. April. (Eigenbericht.) Das bisher bekanntgewordene Ergebnis der bayerischen Wahlen ist noch nicht als endgültig zu betrachten, da die Verteilung der auf die Landtagswahlkreise entfallenden Mandate nicht eher vorgenommen werden kann, als bis auch in der Pfalz die Wahlen gemeinsam mit den Reichstagswahlen stattgefunden haben. Es ist damit zu rechnen, daß bei diesen Wahlen die Bayerische Volkspartei und die Sozialdemokraten auch relativ ihren Stimmenstand werden erhöhen können, so daß die Bayerische Volkspartei knapp eine Million und die Sozialdemokratie den Stimmenstand der alten Sozialdemokratie vom Jahre 1920 werden erhalten können.

Ueber die Regierungsbildung verläutet bisher noch nichts; der Landtag wird wahrscheinlich erst nach den Wahlen am 4. Mai in der Pfalz zusammentreten. Eine Regierung ist nur möglich entweder zwischen der Bayerischen Volkspartei und der Sozialdemokratie als „große Koalition“, oder zwischen der Bayerischen Volkspartei und den Deutschvölkischen, oder eine Minderheitsregierung der Bayerischen Volkspartei unter Führung der einen oder anderen Seite. Alle drei Kombinationen sind so gut wie ausgeschlossen, da sie sich aus inneren Gründen kaum halten würden. Es ist auch noch gar nicht abzusehen, welche Politik der neue Landtag einschlagen wird.

Ein bayerisches Narrenhaus.

Der „Vorwärts“ über den Wahlausgang.

Berlin, 8. April. Die Blätter beschäftigen sich noch weiter ausführlich mit dem Ergebnis der Wahlen in Bayern. Der „Vorwärts“ weist darauf hin, daß die bayerische Volkspartei sich auf dem flachen Lande besser gehalten hat als in den Städten, so daß sie noch immer die größte Partei im Landtage darstellen wird. Gesprenzt wurde die alte Mehrheit durch die deutschvölkische, welche die zweitstärkste Partei werden dürfte. Der „Vorwärts“ schreibt höhrend, der Landtag, den das bayerische Volk gewählt hat, werde ein Narrenhaus und kein Parlament sein. Die Kommunisten hätten der Sozialdemokratie etwa ein Drittel der Wähler weggenommen, die sonst ohne das Vorhandensein dieser Partei zweifellos sozialdemokratisch gestimmt haben würden. Die nationalistisch-antifemistische Demagogie, von der bayerischen Volkspartei ausgepöppelt, durch die Schwäche der regierenden Mittelparteien im Reich groß geworden, bedrohe Deutschland mit dem Chaos im Innern und mit den schwersten Nachschlägen von außen.

Sieg der deutschen Eisenbahner.

Die Reichsregierung bewilligt die Lohnerhöhung.

Berlin, 8. April. (Eigenbericht.) Am Sonnabend hatten die Verhandlungen zwischen den Eisenbahnergewerkschaften und dem Reichsverkehrsminister zu der Vereinbarung geführt, daß durchschnittlich eine Lohnerhöhung pro Stunde um sechs bis sieben Goldpfennig in Kraft treten sollte. Das Reichskabinett lehnte jedoch Sonntag diese Vereinbarung ab und verlangte Abstriche von ein bis zwei Pfennig, namentlich für unqualifizierte Arbeiter. Die Summe, die für die ge-

samten Eisenbahnen in Betracht kommt, überstieg im Monat nicht den Betrag von einer Million. Trotzdem bestand die Reichsregierung auf diesen Abstrichen, weil sie unter dem Druck der Schwerindustrie nach Möglichkeit Lohnerhöhungen hindern will. Heute fanden erneut Verhandlungen zwischen den Eisenbahnergewerkschaften und dem Reichsverkehrsminister statt, in denen es den Vertretern der Gewerkschaften gelang, dem Verkehrsminister klar zu machen, daß er um eine Lohnerhöhung für die Arbeiter nicht werde herumkommen können, da sonst der Streik auf den Eisenbahnen unvermeidlich sei. Der Reichsverkehrsminister trug diese Auffassung dem Reichskabinett vor und es gelang ihm, das Reichskabinett endlich zu seiner Auffassung zu bekehren. Dadurch haben die Gewerkschaften in dieser wichtigen Frage ihren ersten materiellen und moralischen Erfolg errungen, der zweifellos auch sonst für die Lohnpolitik der deutschen Arbeiterschaft von Einfluß sein wird. Die Verhandlungen über die Arbeitszeitregelung bei den Eisenbahnen gehen noch weiter. Es ist anzunehmen, daß auch dort eine Verständigung zustandekommen wird.

Sie verlangen die Begnadigung für den nationalen „Martyrer“.

München, 8. April. (Wolff.) Auf die Vorstellung der Vertreter des völkischen Blockes beim Stellvertreter des Ministerpräsidenten Matt wegen Aussetzung des Strafvollzuges gegen Hitler und Genossen erklärte Matt, er werde sich mit dem Justizminister besprechen, ob deswegen die Einberufung des Ministerrates notwendig sei. Er selbst stehe der Forderung ablehnend gegenüber.

Neue Wahlziele der Arbeiterpartei.

Wahrscheinliche Regierungsübernahme in Australien.

London, 7. April. Soweit bisher die Ergebnisse der Ergänzungswahlen in die Gemeinderäte bekannt sind, ergeben sich enorme Gewinne für die Arbeiterpartei. In dem Londoner Edmontonbezirk wurden von 27 Kandidaten insgesamt 11 Kandidaten der Arbeiterpartei gewählt. Da sie in diesem Bezirke bereits zehn Vertreter besitzt, hat hier die Arbeiterpartei die Majorität. Auch in Weyden haben sie die Mehrheit erzungen.

In Südastralien hat gestern die Arbeiterpartei bei den Wahlen zum Provinziallandtag einen bedeutenden Sieg erzungen. Sie dürfte zur Kabinettsbildung berufen werden.

Poincaré ist nicht abgeneigt, das Wahlgesetz zu verschlechtern.

Paris, 8. April. (Havas.) Der Ministerrat beschloß, daß die Regierung dem Gesetzentwurf, mit dem die Dauer der Parlamentsmandate auf sechs Jahre bestimmt wird, wobei in je zwei Jahren ein Drittel der Mandate erneuert wird, sich nicht abgeneigt zeigen wird.

Für eine Weltfriedenskonferenz.

Vorschläge, nichts als Vorschläge.

Washington, 7. April. Senator Pepper hat eine Entschließung eingebracht, in der eine Weltfriedenskonferenz vorgeschlagen wird. Gemäß der Entschließung würde der Senat empfehlen, daß Präsident Coolidge auf den passenden Zeitpunkt zur Einberufung der Konferenz achtgeben, die den zwei früheren im Haag abgehaltenen Konferenzen ähnlich sein soll.

Mussolinis „Wahl“-Sieg.

Rom, 8. April. Nach den bisher eingelaufenen Wahlberichten wurden insgesamt gewählt 231 Deputierte auf die nationale Kandidatenliste (Faschisten), 13 auf die nationale Kandidatenliste für die Minderheitsmandate, 25 Popolari (Merisale), 19 Sozialdemokraten, 16 Maximalisten (Ceratti-Kommunisten), 12 Kommunisten, 6 Republikaner, 2 Deputierte der faschistischen Partei, 2 konstitutionelle Oppositionelle, 3 Demokraten, 3 Liberale und 2 Unabhängige.

Auch der ungarische Hitler freigesprochen.

Budapest, 7. April. (M.Z.) Die „Königliche“ Tafel hat heute das im Mainprozeß gefällte Urteil, demzufolge der Abgeordnete Ulan und seine beiden Genossen, der Bobula und der Szemere, wegen Verbindung zum Aufruhr zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt werden, abgeändert und alle drei Angeklagten freigesprochen. In der Begründung ihrer Entscheidung führt das Gericht aus, daß die Zeugenaussagen nicht beweiskräftig waren, so daß die Anklage nicht als begründet erscheint. Der Staatsanwalt hat gegen das freisprechende Urteil Berufung bei der letzten Instanz eingelegt.

Der ungarische Zimmermann heißt Smith.

Genf, 8. April. (Schw. Dep.-Ag.) Der Völkerverbund hat zum Generalkommissar des Völkerverbundes für Ungarn J. Smith bezeichnet. Die Ernennung eines solchen Kommissars ist in einem der Genfer Protokolle über die finanzielle Wiederauf-

richtung Ungarns vorgesehen. Smith stammt aus Boston (Vereinigte Staaten) und war Mitglied der amerikanischen Delegation auf der Friedenskonferenz in Versailles als technischer Sachverständiger des Finanzministeriums.

Die Kommunistenverfolgungen in Polen.

Warschau, 8. April. Im Kattowitzer Montreprozeß gegen 52 der kommunistischen Propaganda angeklagten Personen wurde heute das Urteil verkündet, u. zw. wurden 45 Angeklagte freigesprochen, und sieben, darunter der Vorsitzende der kommunistischen Partei Oberschlesiens, Wiczorski, und ein Redakteur des kommunistischen Blattes „Pravda“ zu sechs bis zwölf Monaten Festung verurteilt.

Was ist Balkanisierung?

Der „Temps“ für ein Bündnis mit Rumänien und Südbalkanien.

Paris, 8. April. Der „Temps“ schreibt anlässlich des rumänischen Königsbesuches in Frankreich u. a.: Rumänien ist eine wichtige Rolle im europäischen Gleichgewicht beschieden. Es ist der Hüter der Donaumündung u. zw. der einzige Hüter, seitdem ihm Bessarabien zurückerstattet worden ist. Die Friedensgegner behaupten unaufrichtig, daß seit der Niederlage der Zentralmächte Europa balkanisiert worden sei. Gerade das Gegenteil scheint wahr zu sein, schreibt der „Temps“. Die erste Balkanisierung war die, die den König von Bulgarien Ferdinand in Nisch einsetzte und die 1918 Rumänien die schrecklichen Lasten auferlegte. Durch Schaffung eines Groß-Rumänien, das seiner europäischen Rolle bewußt ist, sowie eines Groß-Südbalkanien, haben die Friedensverträge von 1919 sozusagen zu einer Entbalkanisierung des Balkans beigetragen. Darum scheint es naturgemäß, daß Frankreich, nachdem es sich mit Prag geeinigt hat, sich nun mit Bukarest verständigt und auch Belgrad nicht verfehlt.

Devilenturle.

Die tschechische Krone notiert in:

New York 100 Kr	Dollar	2.98.75
Zürich 100	Schweiz. Franc	17.10.00
Berlin 1	Mark	127.500.000.000.00
Wien 1	Scherr. Kronen	2.110.00

Prager Kurze am 8. April.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1276.00	1282.00
1 Billion Mark	7.45.00	7.65.00
100 belg. Francs	165.25.00	166.75.00
100 schweiz. Francs	800.50.00	603.50.00
1 Pfund Sterling	147.92.50	149.32.50
100 Lire	153.50.00	155.00.00
1 Dollar	34.30.00	34.60.00
100 franz. Francs	202.00.00	203.50.00
100 Dinar	42.60.00	43.10.00
10.000 magyar. Kronen	4.35.00	4.65.00
1.000.000 poln. Mark	3.34.00	4.14.00
10.000 österr. Kronen	4.83.00	5.03.00

Tages-Neuigkeiten.

Der Frühling wartet schon.

Wie brünstig liegt die braune Aderkraume, die sich in Wellen an die Höhe schmiegt. Die Sonne zittert durch die hageren Äste, von frischem Morgenwind gewiegt.

Ist auch der Winter noch in allen Wogen, so wartet in den Hecken doch der Frühling schon, stimmt seine Geige auf die alten Fiedel und findet hier und da den rechten Ton.

Schon hebt er leise seinen leichten Bogen, die Erde atmet, wenn sein Lied ertönt, und alles, alles wird sich neu beleben, was sich nach Farben, Licht und Sonne sehnt. Alfred Thiem.

Die Marne-Niederlage im Jahre 1914.

Ein vor der Veröffentlichung inhibierter amtlicher Bericht.

In seiner Sonntagsnummer hat der Berliner „Vorwärts“ eine Enthüllung veröffentlicht, die in Berlin und Deutschland großes Aufsehen erregt hat. Es handelt sich um folgendes: Am 25. September 1914 übermittelte das Große Hauptquartier dem Völk-Bureau einen amtlichen Heeresbericht zur Verbreitung. Bevor jedoch die Verbreitung noch erfolgt war, wurde von höchster Regierungsstelle im nachträglichen Einvernehmen mit der Heeresleitung die Veröffentlichung wieder inhibiert und eine Nachricht ähnlich der „Noch ist Lemberg in unserm Besitz“-Depesche herausgegeben. Dieser Heeresbericht, der das Eingeständnis der entscheidenden deutschen Niederlage in der Marne-Schlacht gewesen war, lautet in seinen Hauptstellen:

Großes Hauptquartier, 28. September abends (amtlich). Nachdem das deutsche Westheer Belgien durchschritten, die nordfranzösischen Festungen beseitigt und das englisch-französische Heer in den verschiedenen Schlachten geschlagen hatte, mußte die Verfolgung eingestellt werden, sobald bekannt wurde, daß die Franzosen unter Ausnützung der Festungen Paris und Verdun einen Vorstoß gegen beide Flügel unseres verfolgenden Heeres einleiteten.

Nachdem dann von der Lage in Lothringen und im Osten gesprochen worden war, heißt es weiter:

Im Westen gelang es dem Gegner, mit überlegenen Kräften unsere lange Frontlinie bei Chateau-Thierry zu durchbrechen. Aus operativen Gründen mußten die durch Umfassung aus Paris und durch den Durchbruch beiderseits bedrohten Teile des rechten Flügels zurückgenommen werden. Hieraus ergab sich später ein Zurücknehmen der Mitte und unseres linken Flügels aus siegreichem Fortschreiten. Die Armee ging aus der Linie westlich Paris—Montmirail—Vitry—Le Francois—Chaumont bis nördlich der Linie Rezon—Soisson—Reims—Verfaillés zurück, die in französisch-Lothringen siegreichen Armeen bis an die Reichsgrenze.

Es wird weiter von der augenblicklich bevorstehenden großen Schlacht an der Maas gesprochen, in der an keiner Stelle bisher irgendeine Entscheidung gefallen sei. Dann ist die Rede von überlegenen Angriffen des Feindes und von den weiterschuldenden Operationen gegen die rechte Flanke. Zum Schluß wird gesagt, daß infolge des langsamen Fortschreitens der Schlacht die Nachrichten spärlich sein werden. Sie würden aber weiter zuverlässig sein.

Bezeichnend ist es, daß als Generalquartiermeister v. Bortis-Rheg zeichnet. Dieser neuernannte Generalquartiermeister hat nur diesen einen Heeresbericht gezeichnet und ist tags darauf an Herzschlag gestorben. Genau vier Jahre später, am 28. September 1918, hat dann Ludendorff die Reichsregierung dringend aufgefordert, binnen achtundvierzig Stunden einen Waffenstillstand abzuschließen.

Das Ende eines Streikbrechers.

Die bürgerlichen Tagesblätter berichten verschämt, daß ein Bankier, Arthur Rosenbaum, früher Profuturist der Länderbank, unter Hinterlassung von Millionen Schulden flüchtig ihren Bleibung, den sie noch vor Monaten mehrfach in Schutz zu nehmen mußte, bei dieser Gelegenheit der Öffentlichkeit nennt! Es ist aber notwendig, sich einmal mit dem Bankier Arthur Rosenbaum gründlich zu befassen. Als in den Sommertagen des Jahres 1921 der Bankbeamtenstreik ausbrach, da war der damalige Profuturist der Länderbank Arthur Rosenbaum der Führer der Streikbrechergarde. Er konnte sich nicht genug tun an Beschimpfungen der schwer kämpfenden Beamenschaft und es ist unergötzlich, wie Rosenbaum unter dem Schutze der Polizei die demonstrierende Menge mit einem Stod zu traktieren versuchte. Damals war Rosenbaum der ausgesprochene Liebling der bürgerlichen Presse und ihrer Erhalter, der Bankmagnaten und des Industriellenverbandes. Damals wußte man schon — was die bürgerliche Presse angeblich erst nachher erfuhr — daß Rosenbaum ein bekannter Casarateur ist, der sich in die gewagtesten, natürlich verbotenen Kartenspiele einließ, und daß er auch alle anderen Gewohnheiten der Nachkriegsbourgeoisie auf das vorzüglichste zu kopieren verstand. Als nun gar in den Herbsttagen des vorigen Jahres der arme Bankbeamte Brod wegen Verschuldung durch Casardspiele durch Selbstmord endete und der „Sozialdemokrat“ die Wahrheit über den Vorgang aufdeckte und als den Hauptbeteiligten an den Casardspielen Arthur Rosenbaum nannte, da nahm sich das deutsche Bürgergem. Progs. „moralisch“ entristet, des Rosenbaums an. Aber gewirkt muß unsere damalige Veröffentlichung doch haben, denn wenige Wochen darnach verschwand er sang- und klanglos aus der Länderbank und machte sich als Bankier selbständig. Solchen Menschen werden also die mühsam ersparten Groschen wertvoller Massen anvertraut! Aber die Sache hat noch eine andere Seite. Alle Forderungen der Bankdirektoren nach dem unglücklichen Streik waren hart und bitter, aber keine so verwerflich wie die, daß man die Streikbrecher als vollwertige Kollegen anerkennen mußte und ihnen als — im Unternehmerton — „Arbeitswillige“ ja keine Art der Venachung zeigen darf. Jetzt steht man, wie die Schüßlinge der Bankdirektoren geartet sind. Nur das Kasinobürgertum, das sich besonders in Prag breitzumachen sucht, ist der Ansicht, daß man über Streikbrecher verschiedenartig denken kann. Ein Streikbrecher ist und bleibt ein Lump, auch wenn er zufällig einmal nicht mit Millionen flüchtig werden sollte. Uns hat die Flucht des Rosenbaums nicht überrascht. Sie und ihr Grund passen vortrefflich zu dem Wilde, das dieser passionierte Streikbrecher und Casarateur schon seit langem von sich selber gegeben hat.

Fast jeden Tag ein Eisenbahnunfall. Die Direktion der Staatsbahnen in Königgrätz meldet: Am 8. April entgleiste zwischen Eisenbrod und Jeleny die Lokomotive des gemischten Zuges 3643 mit der vorderen Achse infolge eines auf dem Geleise liegenden Steines. (?) Es wurde niemand verletzt. Die Strecke wurde um 12.45 Uhr freigemacht. Wie der Stein auf das Geleise kam, wurde bisher nicht festgestellt.

Genickstarre in Kaschau. In Kaschau sind drei Fälle von Genickstarre aufgetreten, von denen einer bereits tödlich verlief. Alle drei Erkrankungsfälle betreffen Militärpersonen, und zwar zwei in der ehemaligen Kadettenchule und einer beim Infanterieregiment Nr. 32. Es wurden sofort strenge Maßnahmen angeordnet, um eine Verbreitung der Ansteckung zu verhindern. So wurde eine strenge Quarantäne aller Soldaten und Offiziere verfügt, die mit den Erkrankten in Führung getreten sind. Die Kadettenchule selbst wurde auf sechs Tage vollkommen isoliert.

„Dolchstößer“. Im Duxer „Tag“ stand gestern unter dem Titel „Freigeiprochen“: „Ein Jubelruf durchbraut die deutschen Gauen. Millionen atmen erleichtert auf.“

Es ist selbstverständlich, daß der Duxer „Tag“ da mitbraut, gleich den Millionen — wer erzittert nicht bei dieser Zahl! — erleichtert aufatmet, und dann weiter feststellt:

„Die Gefahr, daß der verdienstvollste Deutsche unserer Zeit, zahlreicher Schlachten ruhmbekämpfter Sieger, der treue und unermüdete Kämpfer für des deutschen Volkes Wohl und Freiheit, für seine Mitarbeit an dem — einstweilen — mißlungenen Versuch Hilters, die Regierung des Deutschlands der Novemberverbrecher zu stürzen, bestraft werden könnte, ist beseitigt. Ludendorff bleibt frei!“

Das Jubelrufbrausen des Duxer „Tag“ wird somit verständlicher: es handelt sich um Ludendorff! Daber auch dieser marxistische Ton, den man ja in der Sakenkreuzlerpresse schon gewohnt ist. Mit den Lobsprüchen auf Ludendorff zu polemisieren erübrigt sich von selbst, da es doch kaum jemanden einfallen würde, beispielsweise den Inhalt der „fliegenden Blätter“ für ernst zu nehmen. Die nachfolgenden Zeilen allerdings verdienen gewisse Beachtung, da uns der Duxer „Tag“ mit einer neuen Menschengattung bekannt macht:

„Mit einer nichts zu wünschen übrig lassenden Deutlichkeit haben die Münchner Volksrichter an Bismarcks Geburtstag gezeigt, daß die wahren Hochverräter diejenigen Dolchstößer sind, die sich am 9. November 1918 das Recht anmaßten, des deutschen Volkes Totengräber zu werden.“

Wen stößt es bei diesen „Dolchstößen“ nicht auf? Der Duxer „Tag“ als Sprachköpfer! Oder meinte er vielleicht die großen altmodischen Zylinder, die man in Wien „Stöber“ nennt? Daß aber die Wiener „Stöber“ Dolche verwenden und Totengräber zu werden sich anmaßen, glaubt doch selbst nicht einmal der Pikkolo im Duxer Sakenkreuzlerhaus. Den Rest der mit „Freigeiprochen“ betitelten Notiz des „Tag“ wollen wir unseren Lesern ersparen. Er enthält ja nur noch die fattsam bekannten Beschimpfungen der Sozialisten, die außerdem bei weitem nicht die Originalität der „Stöber“ in Anspruch nehmen können.

Doppelmord in Wittau. Aus Wittau wird uns gemeldet: Das sonst so stille Städtchen Wittau war in der Nacht vom Samstag zum Sonntag der Schauplatz einer schändlichen Mordtat, die ihresgleichen in der Chronik der Stadt sucht. Sonntag gegen 9 Uhr früh entdeckte man, daß die beiden Schwestern Weismayer, die das Haus Nr. 5 in der Jahngasse allein bewohnten, in der verflochtenen Nacht einem schrecklichen Verbrechen zum Opfer gefallen waren. Bei Entdeckung der Tat fand man, daß die Türen des Hauses offen standen und im Hause selbst alles wüst und wirr durcheinander lag. Die beiden Schwestern lagen geknebelt und erwürgt in ihren Betten. Rasch verbreitete sich die Nachricht von dem Verbrechen in der ganzen Stadt und da es Sonntag war, so sammelte sich vor dem Schauplatz der Tat eine große Menschenmenge. Erst später gelang es der Gendarmerie, den Platz abzuräumen. Ein aus Hohenstadt herbeigeholter Polizeihund nahm Witterung, und die Jagd nach den Verbrechen begann. Der Hund verfolgte die Spuren, die nach dem von Wittau eine Bestunde entfernten Orte Stangendorf führten. Hunderte von Menschen schauten nicht den weiten Weg, um den Polizeihund bei seiner Tätigkeit beobachten zu können. Im Dorfe drang der Hund in ein Haus ein und verbeißte in der Stube hängende Arbeitskleider. In der vor dem Hause stehenden hundertköpfigen Menschenmenge befand sich auch der Besitzer der verbeißten Arbeitskleider, der mit seinem Arbeitskollegen sofort verhaftet wurde. Die beiden Verhafteten wurden nach Wittau gebracht und nach einem Verhör durch den Untersuchungsrichter dem Bezirksgericht eingeliefert. Was an Geld und Wertgegenständen geraubt wurde, läßt sich zur Stunde noch nicht feststellen. Belastend für die Verhafteten ist die Tatsache, daß sie im Nachbarhaus als Bauarbeiter durch einige Tage arbeiteten. Im Laufe der Montages wurden noch weitere Verhaftungen vorgenommen.

Die Voranschläge des Bezirkes Aulzig für 1923 und 1924. In der Sitzung der Bezirksverwaltungscommission vom 4. April wurde der Voranschlag für das Verwaltungsjahr 1924 behandelt und erledigt. Das ordentliche Erfordernis beträgt K 6.162.431.31. Darunter befindet sich ein Betrag von K 3.158.207.— für Straßenschotterungen, Wälungen und Reuinstandsetzungen, K 295.116.— für Sozialfürsorge, K 1.126.010.— zur Verzinsung und Rückzahlung der Bezirksdarlehen und K 227.278.— für Zentralverwaltung. Die ordentliche Bedeckung beträgt K 1.895.515.98, so daß sich ein unbedeckter Abgang im Betrage von K 4.266.915.33 ergibt. Dieser Abgang wird bedeckt durch einen 17prozentigen Zuschlag zur Hauszinssteuer per K 983.768.56, ergibt 167.240.65 Kronen und einen 3prozentigen Zuschlag zu den übrigen zuschlagsfähigen Staatssteuern per K 4.416.077.68, ergibt K 4.106.952.23. Das außerordentliche Erfordernis beträgt K 3.840.800. Vorgezogen ist in diesem Betrage der Ausbau des Bezirksverordnungshauses mit einem Betrage von K 500.000.—, die Anschaffung eines Sanitätsautos mit K 120.000.—, Wäscheanschaffung für das Bezirkskrankenhaus mit K 100.000.—, die Pflasterung der Schönpreisnerstraße mit 2 Mill. Kronen, Errichtung einer Kernheizanlage für das allgem. Bezirkskrankenhaus mit K 350.000.—, Pflasterung der Krammel-Schwandnerstraße 293.000 Kronen, Beitrag zur Pflasterung der Kulmerstraße

ab Kreuzbrücke K 200.000.—, sowie verschiedene kleinere Arbeiten. Die Bedeckung beträgt K 1.309.243.98, so daß der unbedeckte Abgang K 2.531.556.02 beträgt, welcher durch Darlehen bedeckt werden soll. Der Voranschlag für das Jahr 1923 konnte ebenfalls erst jetzt endgültig erledigt werden, da infolge Mandatsniederlegung der deutschen Vertreter der Bezirksverwaltungscommission mehrere Monate keine Sitzungen abhalten und Beschlüsse fassen konnte. Das ordentliche Erfordernis für das Jahr 1923 beträgt K 6.738.391.30, das außerordentliche Erfordernis K 291.800.—, das Gesamterfordernis somit K 7.030.191.30, die Gesamtbedeckung beträgt K 2.740.552.05, und zwar Umlagenrückstände K 873.931.77, sonstige ordentliche Einnahmen K 1.790.684.80 und außerordentliche Einnahmen K 75.985.48. Der unbedeckte Gesamtanhang im Betrage von 4.289.639.25 Kronen wird bedeckt durch einen 17prozentigen Zuschlag zur Hauszinssteuer und einen 3prozentigen Zuschlag zu allen übrigen umlagepflichtigen Staatssteuern.

Mittelalterliches aus Pultschin. Das Pultschiner Gebiet gehört in religiöser Hinsicht zu den rückständigsten Gebieten der Republik. Wie im Mittelalter herrschen hier die Geistlichen unumschränkt über die Menschen und wer sich gegen die Untoleranz der römischen Hierarchie auflehnt und aus der Kirche austritt, der gilt als aus der menschlichen Gesellschaft ausgestoßen. Das bewies vorige Woche unsere Patentschriften in Groß-Pöschitz. Ein Finanzwachbeamter und ehemaliger Legionär war aus der römisch-katholischen Kirche ausgestoßen und zur tschechoslowakischen Kirche übergetreten. Das konnte ihm der römische Klerus nicht verzeihen. Der Finanzwachbeamte starb vorige Woche und mußte neben dem Friedhofe an der Friedhofsmauer begraben werden, weil der römisch-katholische Stellvertreter Christi und Pfarrer von Groß-Pöschitz es nicht gestatte, daß der Verstorbene auf dem Friedhofe bestattet werde.

Der heilige Bürokratismus reitet lustig den Amtschimmel. Je weiter sich die Menschheit vom Jahre 1918 entfernt, desto muffiger wird es wieder. Dafür liefert ein kleines Geschichtchen, das die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ brachte und das man nur mit einem lachenden und einem weinenden Auge lesen kann, einen drastischen Beweis. In Wels (Oberösterreich) rettete der Arbeiter Verfflinger vier Arbeiter aus den reißenden Fluten der Traun. Man kam bei der Bezirkshauptmannschaft Wels um Verleihung der Rettungsprämie für den waderen Mann ein. Die Bezirkshauptmannschaft Wels teilte mit, daß der Verleihung der Rettungsprämie nichts im Wege stünde, vorausgesetzt, daß der Lebensretter ein mit einem Tausendkronenstempel versehenes Gehalt einbringe. Sei das geschehen, werde die Auszahlung der Rettungsprämie von fünf und fünfzig Papierkronen veranlaßt werden. Mit anderen Worten, der Lebensretter soll 945 Kronen draufzahlen. Ob er von diesem Geschäft noch die Warenumsatzsteuer bezahlen muß, ist nicht bekannt geworden. Wie muß es in dem Kopfe des Beamten ausschauen, der den Bescheid betreffs des gestempelten Gehaltes herausgibt?

Budapest ohne Zeitungen. Infolge der Aus-sperrung der Zeitungsbesitzer ist Budapest gestern früh ohne Zeitungen geblieben. Am Mittwoch war es noch ungewiß, ob das sozialdemokratische Organ „Nepszava“ erscheinen werde, doch waren die Seher des Walfestes nicht geneigt, die Arbeit fortzusetzen, sondern iraten in den Sympathiestreit, um für ihre ausgesperrten Genossen zu demonstrieren. Die Regierung ließ unter dem Namen „Reggeli Hírel“ (Morgen-Nachrichten) ein vier Seiten umfassendes Blatt herausgeben, das die wichtigsten in- und ausländischen Nachrichten registriert. Im Laufe des heutigen Vormittages werden die Vertrauensmänner der Buchdrucker-gewerkschaften eine Konferenz abhalten. Sodann werden die Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Interessvertretern einsehen.

Der ungeheure Reichtum der Vereinigten Staaten. Von der zunehmenden Anhäufung der Reichtümer in den Vereinigten Staaten geben die Zahlen einen Begriff, die das Handelsministerium in Washington über das amerikanische Volksvermögen veröffentlicht. Nach diesen Angaben ist der Wert der Besitztümer des amerikanischen Volkes seit 1912 von etwa 215 Milliarden Dollar auf gegen 370 Milliarden Ende 1922 gewachsen. Auf den Kopf der Bevölkerung der Vereinigten Staaten verteilt, ergibt dies, daß jeder Mann, Frau und Kind, in Nordamerika durchschnittlich 3350 Dollar besitzt gegen 2250 von zehn Jahren. Alle Arten des Vermögens sind im Geldwert gestiegen, mit alleiniger Ausnahme des Viehs. Eine der bezeichnendsten Steigerungen ist die im Wert der Fabrikmaschinen und Werkzeuge, der sich auf 18.350.000.000 Dollar gegenüber 11.130.000.000 Dollar vor zehn Jahren beläuft. Der Geldwert der Eisenbahnen ist von 18.775.000.000 Dollar auf 23.220.000.000 Dollar gestiegen. Der Wert der Kraftwagen, von denen jeder achte Amerikaner einen besitzt, ist nicht besonders geschätzt.

Gleichstellung ausländischer Studenten in der Schweiz. Seit einigen Jahren hatten die ausländischen Studenten in der Schweiz ein Eidgenossenschaft ein Schulgeld von 600 Franken, d. h. den doppelten Betrag wie die Schweizer zu erlegen. Nunmehr hat der Bundesrat ein einheitliches Schulgeld von 300 Franken für Aus- und Inländer festgesetzt.

Ransen fliegt nicht zum Nordpol. Der berühmte Forschungsreisende Prof. Frits Josef Ransen, welcher auf dem Schiffe „Fram“ eine Reise zum Nordpol unternommen hatte, stellt in Alroede,

daß, wie einige englische Blätter behaupten, ein Flug mittels Aeroplans zum Nordpole vorbereitet wird.

Unsichtbare Nordstrahlen. Der „Star“ bringt Einzelheiten einer Entdeckung Grinde U. M. A. t h e w s, durch welche Luftstrahlung auf London verheut werden sollen. Es handelt sich bei dieser Entdeckung um einen unsichtbaren Lichtstrahl, durch welchen elektrische Energie übertragen wird, welche eine ungeheure zerstörende Wirkung hervor-zurufen geeignet sei, indem sie alles, was sich ihr in den Weg stellt, verbrennt oder zum Schmelzen bringt. Der Mitarbeiter Grindel-Matthews äußerte sich gegenüber dem Berichterstatter des „Star“, nach seiner Ansicht werde die zerstörende Kraft der neuen Erfindung lediglich durch die Menge der Energie begrenzt werden, welche hervorgerufen werden wird. Weiters erklärte er, nach den vorläufigen Berechnungen könne mit einem Anfangsaufwande von schätzungsweise drei Millionen Pf. Sterling eine Station konstruiert werden, welche eine Barriere aus diesen Lichtstrahlen, fünf Meilen hoch und mit einem Halbmesser von 50 Meilen um London herum schaffen wird.

Wetterübersicht vom 8. April. Montag hat sich das Wetter in den mittleren Teilen der Republik gebessert; hier haben die Niederschläge aufgehört. Die Temperaturen hielten sich in den Nachmittagsstunden in allen Gebieten auf ungefähr gleicher Höhe. Prag und Budweis hatten 14 Grad Celsius. Der Ausdruck über dem Festlande zeigt wiederum eine Abnahme. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Veränderlich, kühl, Westwind.

Die Lues.

Von Camille Vemercier.

Die Syphilis ist eine der Krankheiten, deren Namen man gewöhnlich nur mit einem Gefühl des Efels auspricht. Nur die Ärzte sind berechtigt, ihn in großen Abhandlungen niederzuschreiben, die ihrerseits jedoch wieder nur von ihren Berufskollegen gelesen werden. Sie stellen aber auch Statistiken auf, um die Verheerungen nachzuweisen. Die diese Krankheit anrichtet. Leider kümmert sich niemand um ihre Folgen; denn die nicht mit Syphilis Behafteten bleiben in egoistischer Weise indifferent, während die Kranken in hartnäckigem Schweigen verharren.

Auf die Gefahr, die weite Volkskreise durch sie ausgeht, sind, kann indessen nicht nachdrücklich und laut genug aufmerksam gemacht werden.

Vor dem Kriege hat ein Spezialist für diese Krankheit, Dr. Verodde, festgestellt, daß in Frankreich mindestens 40.000 Personen jährlich an der Syphilis sterben. Die in offiziellen Statistiken über die Sterblichkeit angeführten Fälle waren wohl viel niedriger, aber eine Menge von Krankheiten, die unter anderen Aufzeichnungen vermerkt waren, haben ihren Ursprung in der Syphilis, wie Herz-, Magen-, Leber-, Nierenkrankheiten, allgemeine Lähmungen, Epilepsie usw.

Verschiedene Methoden unter Zurückziehung der Versicherungsstatistiken haben den deutschen Ärzten erlaubt, festzustellen, daß die Zahl der Opfer der Syphilis in Deutschland 60.000 jährlich beträgt. Man kann sagen, daß die Syphilis vor dem Kriege 1000 Opfer auf eine Million Einwohner forderte. Auf eine diesbezügliche Anfrage erklärte Dr. Verodde, daß in Frankreich dieser gefährlichen Krankheit seit dem Kriege bestimmt mindestens 85.000 Personen erliegen. „Und sehen Sie“, sagte er, „das Tragische dabei ist vielleicht, daß die kleinsten Kinder am graulasten davon betroffen werden. Von den 36.000 Totgeburt zwischen dem 5. und 6. Monat der Schwangerschaft sind 50 Prozent, d. h. 18.000 Opfer der syphilitischen Erblichkeit, und bei allen Kinderkrankheiten, wie Darmentzündung, Atrophie, tuberkulose Gehirnentzündung, einfache Gehirnhautentzündung, Konfusionen und Stachrie findet man ihre tragischen Spuren. Die Kinder, die bei der Geburt davon befreit sind, aber dem Tode entgehen, sind der geistigen Entartung ausgesetzt. Und in wieviel Fällen hat die Medizin den syphilitischen Ursprung noch nicht feststellen können. Ich bin sicher, nicht zu übertrieben, wenn ich behaupte, daß sich das Minimum der Opfer, das ich Ihnen vorhin angegeben habe, unbestreitbar fast verdoppelt, wenn man der Wahrheit nahe kommen will. Die Syphilis vernichtet in Frankreich jährlich 150.000 Menschen.“

Was kann aber gegen sie getan werden? Ich weiß nicht, ob eine Heilung möglich ist, aber ich bin sicher, daß mit der Syphilis in zwanzig Jahren gründlich ausgeräumt werden kann, denn die Behandlung mit Arsenpräparaten beseitigt sofort alle Ansteckungsgefahren. Sie machen den Kranken zum mindesten unschädlich. Und dies ist vom sozialen Standpunkt aus die Hauptsache. Wenn man die Syphilitischen sofort beim Beginn ihrer Krankheit behandeln würde, anstatt zu warten, bis sie unheilbar sind, so würde dadurch die Gefährlichkeit der Syphilis beseitigt werden. Es ist noch nicht genügend bekannt, welche Kosten die Syphilis der Allgemeinheit verursacht. Vor dem Kriege habe ich berechnet, daß sie in Frankreich jährlich 625 Millionen kostete. Jetzt kostet sie mindestens 1 1/2 Milliarden.

Belgien hat die Gründung einer Organisation vorgenommen mit dem Zweck, gegen die Syphilis anzukämpfen. Heilanstalten werden überall errichtet, die in enger Zusammenarbeit mit ihren Ärzten und Berufsvereinigungen funktionieren. Die arsenhaltigen Medikamente werden den Ärzten, die Anspruch darauf erheben, unentgeltlich verabfolgt. Und Dr. Babet, der diese offizielle Organisation gegründet hat, erwartet von ihr Resultate, die unzweifelhaft der Menschheit eine Lehre sein werden.

Kleine Chronik.

Vom Scheintod.

Der Scheintod ist ein Zustand, der die Phantasie der Dichter viel beschäftigt hat und ängstliche Gemüter zu allen möglichen Vorsichtsmaßnahmen veranlaßt, um nicht bei lebendigem Leibe begraben zu werden. Heute ist die Feststellung eines etwaigen Scheintodes durch die staatlichen Vorsichtsmaßnahmen ziemlich gewährleistet, aber dieses täuschende Scheinbild des Todes bleibt doch ein rätselhafter Vorgang, der die Wissenschaft eingehend beschäftigt hat.

In einem Aufsatz über die neuesten Methoden der Wiederbelebung, den D. Bruns in der Klinischen Wochenschrift veröffentlicht, beschäftigt er sich eingehend mit dem Scheintod und nennt ihn „ein latentes Leben“, ein Zustand, dem die Kriterien des Lebens, nämlich Reizbarkeit und Stoffwechsel, auf den ersten Augenblick zu fehlen scheinen. Beim Scheintoten sind weder Herzaktivität noch Atmung wahrzunehmen. Es ist daher irrig, den Eintritt des Todes von dem Augenblick an zu datieren, in der Atmung und Herzschlag aufgehört haben. Auch die Lebensfähigkeit der Nervenzentren erlischt durchaus noch nicht mit dem Augenblick, in dem der Blutkreislauf zum Stillstand gekommen ist. Mit Bestimmtheit kann der Tod erst dann festgestellt werden, wenn Totenstarre und Totenlede einwandfrei nachweisbar sind. Die Totenstarre tritt gewöhnlich nach zwei Stunden, bei gewaltsamen Todesfällen schon nach einer Stunde ein. „Man hat also die Verpflichtung“, sagt Bruns, „den leblos aufgefundenen Menschen so lange nach allen Regeln wiederzubeleben, solange jene Zeichen noch nicht vorhanden sind. Die Notwendigkeit lange fortgesetzter Wiederbelebungsversuche erhellt ferner aus Beispielen abnorm langer Dauer des Scheintodes, und zwar bei Kohlenoxyd- und Morphiumvergiftungen ebenso wie bei Erhängten, Ertrunkenen, Erfrorenen und anscheinend Verbluteten. Bei diesen Fällen werden gelegentlich bis zu 20 Stunden lang weder Atmung noch Herzaktivität beobachtet. Und doch kamen einzelne nachher wieder zu sich und wurden zum Teil wieder völlig gesund.“ Diese spätere und doch völlig gelungenen Fälle der Wiederbelebung lassen sich nur aus einer sehr starken Erhebung der Lebensvorgänge erklären. Wenn man beim Tierversuch Herz- und Atemstillstand durch Ersticken und gleichzeitige Narfotie erzeugte, so konnte Leben und Gesundheit noch bis zwanzig Minuten nach Eintritt des Scheintodes wiederhergestellt werden. Durch die Kälte ist der Stoffwechsel auf ein Minimum erniedrigt, und alle chemischen Umsetzungen werden außerordentlich herabgesetzt. Es sind ganz ähnliche Vorgänge, wie sie beim Winterschlaf der Tiere beobachtet werden. Ähnlich dürften auch die Verhältnisse bei den lebend begrabenen indischen Katakten liegen. Beim Menschen ist wohl der längste beobachtete Scheintod der einer morphiumvergifteten Schwester, die 24 Stunden lang scheinbar tot war, und zwar hat hier die Wirkung des Narfotismus zusammen mit der winterlichen Kälte die Lebensvorgänge auf ein Minimum herabgesetzt.

Unterhaltungsrundfunk und Bildungspflege. In der Zeitschrift „Bühne und Bildungspflege“ weist der auch als Lichtspielreformer bekannte Stettiner Stadtbüchereidirektor Dr. Ackerknecht auf die außerordentlichen Gefahren hin, die der jetzt aktuelle gewordene Unterhaltungsrundfunk für die deutsche Volksbildung heraufbringen kann, wenn nicht rechtzeitig von bildungspflegerisch sachverständiger Seite aus ein planmäßiger Einfluß auf den Rundfunk gewonnen und er so zu einem hochwertigen Volksunterhaltungsmittel entwickelt wird. Von der ersten offiziellen Ankündigung der Pläne des Unterhaltungsrundfunks ausgehend, weist Ackerknecht nach, daß hier eine ungeheure Entwicklungsmöglichkeit deutscher Bildungspflege, wie einst beim Lichtspiel, im Begriffe ist, dem bloßen Unterhaltungsmittel ausgeliefert und dadurch auf lange Zeit hinaus verdorben zu werden. Das kulturelle Interesse an einer geistig und seelisch geformten Entwicklung ist sogar noch dringender als beim Lichtspiel, da es sich hier um ein Mittelungsmittel handelt, dessen technische und wirtschaftliche Vorbereitungen noch viel größere Breitenwirkung erlauben.

Das größte Flugzeug der Welt. Nach der Schweizerischen Zeitschrift für Naturwissenschaft, Natur und Technik wird von einem neuen amerikanischen Bombenflugzeug berichtet, das wohl als das bisher größte Flugzeug der Welt bezeichnet werden darf, übertrifft es doch in seinen Abmessungen alle bisher bekannt gewordenen Typen. Das Flugzeug wurde in den Werkstätten von Willbur Wright Field (Ohio) hergestellt. Es besitzt eine Flügelspannweite von 37 Meter bei 20 Meter Länge, 8,5 Meter Höhe und 18 Tonnen Eigengewicht. Sechs Liberty Motore verleihen dem Flugzeug eine Geschwindigkeit von 140 Kilometer in der Stunde; der Aktionsradius soll bei einem Benzinverbrauch von sechs Tonnen sechs Stunden, die Gesamtdauer bei höchster Geschwindigkeit zwölf Stunden betragen. Außer der genannten Benzinmenge und einem Deborat von 600 Kilo kann neben der Bedienung von vier Mann ein Bombengewicht von 220 Kilo auf weite, von 4500 Kilo auf zwei Stunden Entfernung mitgenommen werden. Sieben Maschinengewehre sind so angeordnet, daß sie eine volle Bestreichung nach allen Seiten ermöglichen. So sieht also die „Vorstellung“ aus!

Siedlungsland in Afrika. Die früheren Afrika-farmer Billy Vernitich, Nico Balke und Hermann Stoelisch aus Halle beabsichtigen, im April eine Forschungsreise nach Angola anzutreten. Sie werden, unterstützt von den portugiesischen Behörden, das Land auf Siedlungsmöglichkeiten erforschen und Land für deutsche Siedler sichern. Diese Landstriche ähneln dem früheren Deutsch-Ostafrika; sie sind gesundheitslich einwandfrei; auch die Wasser-versorgung ist günstiger als in vielen anderen Teilen Afrikas.

Behelfsmäßiger Radioapparat. Wie die Radio-Anschauung, Frankfurt a. M., meldet, hat sich in London ein Kunstschüler mit den primitivsten Mitteln einen Radioapparat zum Empfangen und Geben gebaut, durch den er deutliche Morsezeichen mit Torrento, mit Connecticut (USA), ferner mit Frankreich, Dänemark, Spanien und Mexiko gewechselt hat. Der ganze Apparat stellt ein Wunder von Improvisation dar und ist, bis auf einen Zweiröhrenempfänger, eine Dynamomaschine und einige Rollen Kupferdraht, aus Marmelade-Eimern, Zuckerbüchsen, Gewürzflaschen und anderem Behelfsmaterial gebaut. Der Zusammenbau aller dieser Materialien zu einem gut empfangenden und gebenden Radio-Apparat muß also mit großer Geschicklichkeit vorgenommen worden sein.



- Gegen die Verschleppung des Angestelltenrechtes
- Gegen den ständigen Gehaltsabbau und die Entlassung älterer Angestellten
- Gegen die Aufzwingung unerträglicher Einzelverträge und gegen die Nichtanerkennung des Existenzminimums
- Gegen die anhaltende Teuerung, Stellenlosigkeit, langes Stellenvermittlung, gegen die Wohnungsmangel, gegen die Ausbeutung der Mieter und Mietermieter
- Gegen die Ausschreibung der Angestellten mit einem Gehalt über K 20.000.— aus der Krankenversicherung

protektieren alle Privatangeestellten

Kauf zur

Manifestations- und Umgebung der Angestellten

Freitag, 11. April 1924 um 7 Uhr abends im großen Saale der Produktionsbörse Prag II., Havelbäckplatz.

Es referieren die Kollegen: J. Hain, H. Peller, Dr. Strauß.



Mitteilungen aus dem Substrum.

Das Beste für Ihre Augen

liefert **Optiker Deutsch, Prag.**

Graben 25, Al. Bazar.

1826

Volkswirtschaft.

Aus der Angestelltenbewegung.

Am Sonntag, den 6. April, tagte in Teplitz-Schönau im Stadt Kurhaus eine Konferenz der Fachgruppe „Handel“ des Zentralverbandes der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Sitz Teplitz-Schönau, an der 31 Vertreter von Ortsgruppen und Hilfskommissionen aus dem gesamten Organisationsbereich des Verbandes teilnahmen. Die Konferenz, die um neun Uhr vormittags vom Verbandsvorstandsvorsitzenden Franz Kirshof (Reichenberg) eröffnet wurde, der vor allem den durch Krankheit an der Teilnahme verhinderten Verbandsvorstandsvorsitzenden, Ernst Hirsch entschuldigte, befaßte sich in eingehender Aussprache mit der Stellungnahme der Organisation zu den auf Grund des neu eingeführten Verhältniswahlrechtes überall zu vollziehenden Neuwahlen der Hilfskommissionen, ferner mit der notwendigen Reform des VI. und VII. Hauptstückes der Gewerbeordnung (gewerbliches Hilfspersonal und Gewerbetreibende), sowie mit der Sonntagstruhe und Ladenperre im Handelsgewerbe. Hrn. Emil Friedrich Bloch (Bodenbach) erstattete hierüber ausführliche Referate, die eine sehr lebhaft geführte Aussprache auslösten, an der sich die Kollegen Beck (Teplitz), Rahm (Jablonek), Buchsbaum (Teplitz), Bloch (Karlsbad), Schönfelder (Prag), Kirshof (Reichenberg), Prosch (Brüx), Löwit (Teplitz), Deutsch (Kuffsch), Alb (Teplitz), Frischer (Teplitz), Reich (Komotau), Reismann (Teplitz), Scherzer (Teplitz), Stein (Brüx) und Heßler (Neuern) beteiligten. Die Ergebnisse der Aussprache wurden in zwei Entschließungen zusammengefaßt. In der auf die Hilfskommissionen bezüglichen Entschließung wird unter prinzipieller Begründung der Verhältnismäßigkeit an krassen Beispielen festgestellt, wie oberflächlich die Regierungsverordnung über diese Neuwahlen ausgeartet ist, so daß der unklare Text dazu führt, daß einige wichtige Vorschriften verstoßenartig ausgelegt werden können und eine Reihe von Bestimmungen einander widersprechen. Die Entschließung verlangt deshalb nach Aufzählung konkreter Fälle die gründliche Umarbeitung und beschleunigte Novellierung der Verordnung, weil sonst Differenzen und Schwierigkeiten in der Handhabung unvermeidlich sind. Die Novellierungsvorschläge sind in einem dem Handelsministerium unterbreiteten Gutachten niedergelegt. In der zweiten Entschließung werden eine Reihe von Forderungen zur Reform des VII. Hauptstückes der Gewerbeordnung aufgestellt, die sich insbesondere auf die Erweiterung des Beratungs-, Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsrechtes der Angestellten in den Gewerbetreibendenvereinigungen und Gewerkschaften beziehen. Zur Reform des Schlichtungsrechtes, sowie zur Sonntagstruhe und

Ladenperre im Handelsgewerbe bestätigt die Konferenz die in der Hauptversammlung des Zentralverbandes der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr in Teplitz-Schönau im Oktober v. J. aufgestellten Forderungen und verlangt neuerlich deren endliche Verwirklichung. Nach Erledigung einer Reihe von Organisationsangelegenheiten fand die Konferenz in den Abendstunden ihren Abschluß.

Die Benachteiligung der Lehrer bei den außerordentlichen Zuwendungen an die Staatsangestellten.

In Hefte vier der Mitteilungen des Ministeriums für Schulwesen und Volkskultur, Jahrgang 1923, wurde der Beschluß der Regierung vom 22. Februar 1923 veröffentlicht, nach welchem den in Rangklassen eingereihten Staatsbediensteten aller Kategorien, welche drei Jahre über die für die Erreichung der letzten Gehaltsstufe der höchsten Rangklassen erforderliche Dienstzeit besitzen und die eine gute Qualifikation aufzuweisen haben, Remunerationen bewilligt werden können, die bei den Staatsangestellten der Gruppe C 400 Kronen jährlich betragen.

Diese Remunerationen sind den Staatsangestellten von ihren zuständigen Ministerien bereits angewiesen worden, nur die Lehrerschaft hat sie bis jetzt noch nicht erhalten. Nach Artikel II des Gesetzes vom 23. Mai 1919, Zg. d. G. u. V. Nr. 274, gebühren jedoch den Lehrern alle Begünstigungen, die den Staatsbeamten nach den für dieselben günstigen Gesetzen und Bestimmungen zukommen. Durch diese gesetzliche Bestimmung kann der Rechtsanspruch der Volks- und Bürgerlehrer auf die durch den Regierungsbeschluß vom 22. Februar 1923 den Staatsangestellten zuerkannte Remuneration abgeleitet werden. Auch die Landesverwaltungsansprüche als Geldgeber haben gegen die Anweisung dieser Entschädigung an die Lehrerschaft nichts eingewendet, wenn die hierfür erforderlichen Beträge von der Regierung zur Verfügung gestellt werden.

Aus diesen Gründen richteten die Hrn. Gen. Hofmann, Grünzner und Taub an den Minister für Schulwesen und Volkskultur eine Interpellation, in der sie fragen:

1. Warum wurden der Lehrerschaft diese außerordentlichen Zuwendungen analog den Staatsbediensteten aller anderen Kategorien im Sinne des Ministerratsbeschlusses vom 22. Februar 1923 bis zum heutigen Tage noch nicht ausbezahlt?
2. Was gedenkt der Herr Minister zu veranlassen, daß auch die in Betracht kommende Lehrerschaft zeitens in den Genuß dieser Zuwendungen kommt?

Das Privatkapital in Rußland.

Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, mit welcher Schnelligkeit das Privatkapital den russischen Innenhandel erobert. Aus verschiedenen Gründen bringt das Privatkapital in die Industrie nur sehr langsam ein, um so schneller jedoch erobert es den Handel. Nachstehend die neuesten offiziellen Angaben über den Handel der beiden größten staatlichen Textiltrufts mit Manufakturwaren. Es wurden Manufakturwaren verkauft:

	im Monatsdurchschnitt	Januar 1924	Februar 1924	März 1924
an staatl. Handelsbetriebe	55,2	39,7	25,2	19,7
„ Privatbetriebe	23,1	43,5	63,2	76,8
„ Genossenschaften	20,7	7,5	11,5	4,0

Ein kleiner Rest ging noch an Aktiengesellschaften u. a. m.

In Verbindung mit diesem schnellen Rückzug der kommunistischen Wirtschaft vor dem Privatkapital ist es von Interesse, darauf hinzuweisen, wie sehr bei den russischen Kommunisten selbst die Enttäuschung über ihre früheren wirtschaftlichen Methoden zunimmt. Oft geißeln sie mit scharfen Worten ihre früheren rein kommunistischen Illusionen, die in Westeuropa noch heute als die lautere Wahrheit ausgegeben werden. So schreibt der Kommunist Lajis, einer der grauamsten Tschekisten, der jetzt zur Wirtschaftsarbeit der staatlichen Landwirtschaft übergegangen ist, im kommunistischen Wirtschaftsorgan:

„Anfangs, als wir keine Erfahrungen hatten, schien es vielen, daß die früheren landwirtschaftlichen Großbetriebe ein goldener Boden sind; daß es genüge, die Gutsländereien in die Hand zu nehmen, um goldene Berge hervorzuzaubern; daß die Gutsländereien sich in Kornfabriken verwandeln und die Läden ausfüllen würden, die infolge des Fehlbetrages der Getreidesteuer entstanden war. . . . Jetzt jedoch müssen wir anerkennen, daß wir uns in unseren Berechnungen geirrt haben. Die Praxis hat gezeigt, daß der Grund und Boden ohne Kapital und harte Arbeit nichts hervorbringt.“

Der Kommunist Lajis hat mit diesen Worten keineswegs Amerika entdeckt. Aber für die Kommunisten in Mittel- und Westeuropa, die den

Jodbad Darkau
Station der Kaschau-Oderberger Eisenbahn, Ostschlesien, C.-S.-R. 2621

Stärkstes Jodsalz-Brombad, gründl. renoviert, einziges Bad, wo in reiner Jodsole gebadet wird, höchst erfolgreich bei Skrophulose, Syphilis in allen Stadien (auch voraltete Formen), Tuberkulose der Knochen, Gelenke, Drüsen, Frauenleiden, alle Arten der Tuberkulose der Haut, chron. Hautleiden, Arteriosklerose usw., besonders günstig für Kinder. — Kinderpenalstation für Kinder ohne Begleitung. — Kurrestoration in Eigenregie. — Saison vom 1. Mai bis 31. September. — Prospekt und Auskünfte durch die Badeverwaltung.

Kapitalismus mit einem Schläge liquidieren würde, wäre es recht nützlich, ein wenig über den Zusammenbruch der russischen Illusionen nachzudenken.

Vom Kampfe der englischen Werftarbeiter. Die Arbeiter der Schiffswerften in Southampton haben das Abkommen, das die allgemeine Auslieferung verhindern sollte, abgelehnt.

Literatur.

„Das Schwalbenbuch“ von Ernst Toller (Kiepenheuer-Verlag, Potsdam), geschrieben 1923 im Festungsgesängnis Niederschönfeld, gehört zum Poesiewerk, Zaristen und Leidenschaftlichen, was die revolutionäre Muse bisher lang. In Tollers „Nisteten im Jahre 1922 zwei Schwalben“. Und dieses Schwalbenbüchlein, die Wunder der Natur, die der Dichter an diesen Vögeln der Freiheit befaßte, die rührende Sorge des Männchens um das Weibchen und ihre elterliche Liebe um die junge Brut, der göttliche Flug, der brüderliche Gemeinschaftsinn der Tiere — dies alles wurde dem Gesangenen, der in tiefer Seele wund, verlassen und verzweifelt, zwischen Kerkermauern schon den Tod ersehnte, zu einem großen, glücklichen Erlebnis. Die Liebe, an der es das hassende, mordende Menschengeschlecht fehlen läßt, fand der Dichter Toller, der Verkünder allumfassender Liebe, bei den kleinen Vögeln wieder, und von ihnen, den Unschuldigen, wandert sein Auge zur gewandelten Jugend der Revolution. Bald gar und innig lebend und zitternd vor den Wundern der Schöpfung, bald anlagend, leidenschaftlich empört, von höchster Kraft des Gedankens und des Ausdrucks, von erschütternder und fortreibender revolutionärer Wucht, ist dieses „Das Schwalbenbuch“ in das er die tiefsten Regungen seines großen Herzens verflocht. Ein kleines Büchlein, aber gigantisch durch die Glut der Empfindungen und der Sprache. Die Niederschönfeldschen Festungsverwaltung hat das Buch beschlagnahmt, da es „eine Reihe von Stellen enthält, deren Verbreitung dem Strafvolk nachteilig wäre“. Nun aber ist das Buch der Öffentlichkeit übergeben und wir wünschen ihm weiteste Verbreitung. Und dem Dichter selber wünschen wir, daß er im heurigen Juli, dem Ende des Strafzugs, die finstere schwalbische Festung heil verlasse.

J. S. Machar: Hier sollten Rosen blühen. . . . Gustav Kiepenheuer in Potsdam kann es sich als hohes Verdienst merken, daß er mit diesem Buche als erster reichsdeutscher Verlag, ein Werk des tschechischen Dichters Machar veröffentlicht. Die „lyrischen Dramen“, wie Machar die Sammlung „Hier sollten Rosen blühen. . .“ benannte, sind hier von Ernst Mandler frei aus dem Tschechischen, aber wundervoll und formvollendet nachgedichtet worden, so daß gerade diese Bändchen geeignet ist, das Interesse der Deutschen für Machars Dichtungen und für die tschechische Dichtkunst überhaupt zu wecken oder zu fördern. Die in diesem Werk vereinigen Gedichte, deren wir übrigens auch in unserer Ausgabe zu Machars sechzigstem Geburtstag Erwähnung tun,lingen alle vom Leid der Frau — beben vom Mitleiden mit der „Madin des Sklaven“, schildern in leuchtenden Farben das hohe Liebesglück des Weibes und in düsterem Grau die tausend Gräber, in denen die im Lebenskampf gekrochene Frauen tausend Hoffnungen begraben. Ganz ungewöhnliches Einfühlen in die weibliche Seele, feinste Beobachtung der größten wie der unscheinbarsten Regungen des Herzens, aber auch des kleinsten äußerem Ereignisses, verraten alle diese Gedichte, deren jedes einzeln, wie Perlen an einer Schnur, durch die Nachbarschaft des anderen an Schönheit noch gewinnt. Man könnte diese Verdichtungen Machars, der seiner Muse so untreu wurde, auch moderne lyrische Volkslieder nennen, denn modern im Stoff, in der Handlung und in der Darstellung ist fast jede dieser kleinen Dichtungen. Am meisten bezaubernd wirken wohl die „Drei Briefe“. Doch weitere Einzelheiten. Wer Machar wenigstens von einer Seite kennen lernen will, mag dieses Büchlein lesen.

Kunst und Wissen.

Johann Sebastian Bachs „Matthäus-Passion“, dieses gewaltigste Oratorienwerk aller Zeiten, gelangte in der tschechischen Uebersetzung B. Tokielns vergangene Woche durch den führenden Prager tschechischen Gesangsverein „Lahol“ im Smetana-Saale zur Aufführung. Zwei weitere Aufführungen im Laufe dieser Woche sind in Aussicht genommen, so daß der tschechischen Öffentlichkeit in reichem Maße Gelegenheit gegeben ist, dieses überwältigende Meisterwerk des größten deutschen Kontrapunktlers kennen zu lernen. Auch diese tschechische Aufführung der Matthäus-Passion hat bei ihrer schon zeitlich überdimensionalen Ausdehnung in teilweisen Kürzungen des Originals Zusucht nehmen müssen; daß die betreffenden Stücke aber mit sorgfältigster künstlerischer Auswahl erfolgten und wesentliche Teile verschont, spricht in besonderer Weise für die echte Bachpflege der Prager tschechischen Musikvereine. Die Aufführung durch den gemischten Chor des im 63. Jahre seines Wirkens stehenden Gesangsvereins „Lahol“, durch das Orchester der tschechischen Philharmonie und dem Schülerchor der Holeschdowitzer Realschule unter der musikalischen Leitung des Vereinschormeisters Jaromir Herle war stilistisch abgerundet und hielt sich auf anscheinlich vorgegangener Höhe. Wenn wir die allzu gleichförmige, mehr akademisch als inbrünstig wirkende musikalische Wiedergabe durch Herrn Herle bemängeln, weil es ihr an entsprechender Farbengebung im Rhythmisches und Dynamischen schlie, geschieht dies lediglich aus dem Grunde, weil wir Bachs Zeit dem modernen Empfinden auch durch neuzeitliche Auffassung und Interpretierung näher gebracht wissen wollen. Unter den mitwirkenden Solisten ragen turch der ehemalige Dresdener Kammeränger Blazile hervor, der sich stimmlich und gefangensstilistisch als geradezu vorbildlicher Oratorienänger offenbarte. Die übrigen Solisten lagen in den Händen der Danien Ungrova und Hloua sowie der Herren Jenil und Mandaus; an der Orgel sah Prof. Wiederman, während den Continuo part am Klavier Dr. Stöpan besorgte.

Trna Petar M. Gemlinsky. Lieder- und Kriensabend, 9. April, Produktionsbörse. Lieder von Schubert, Strauss, Kovak, Krien: Mojari, Potti, Sanda, Donizetti.

Verlängerung des Gastspiels Paul Morgan. Paul Morgan wird sein Gastspiel heute in „Anschauungsunterricht“, „Der Selbstmörder“, „Alte“ und „Ein Königreich für einen Schläger“ fortsetzen; Samstag um 7 Uhr abends in „Friedrichs“; und Sonntag abends noch in Steinhilfs „Hose“ spielen. Kartenverkauf täglich.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Mittwoch „Faust“; Donnerstag „Der Graf von Luxemburg“; Freitag Premiere „Nan, der Wunderbar“; Samstag Gastspiel Gutheil-Schoder „Carne“; Sonntag abends „Dolly“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch abends und Sonntag nachts 10 Uhr Gastspiel Morgan „Anschauungsunterricht“, „Der Selbstmörder“, „Alte“, „Ein Königreich für einen Schläger“; morgen Donnerstag „Das Kamel geht durch das Nadelohr“; Freitag Vorstellung des Verbandes der Bank- und Sparkassabeamten „Der Wustergatte“; Samstag und Sonntag nachmittags „Nokäppchen“; Samstag abends 7 Uhr Gastspiel Morgan „Der Friedrichs“; Sonntag abends Gastspiel Morgan „Die Hose“.

Arbeiterdarstellung „La Boheme“. Diesen Sonntag wird im Neuen Theater, Beginn halb 3 Uhr, die lyrische Puccini-Oper „La Boheme“ als Arbeiterdarstellung gegeben. Kartenverkauf bei Optiker Genossen Deutsch, Graben 25, Kleiner Basar.

Herausgeber: Dr. Ludw. Czoch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Richter. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Ueberfiedlungsbalber ist eine f. s. t. neue

Schreibmaschine
erklaffige Marke, billig abzugeben. Zu beständigen zwischen 1-3, Prag II. Stehansgasse 36 neu, 3. Stock, bei Hüdel. 2088

Frauen des Morgenlandes
Die schönsten Liebesgeschichten aus 1001 Nacht in neuer Bearbeitung. Ausgabe für Erwachsene. Mit 9 wunderbaren farbigen Illustrationen und farbigen Einband von Eug. Scherzer. Neulander-Verlag. 10. Auflage. 24. 20.01

Volksbuchhandlung
Krenker & Co.
Teplitz-Schönau,
Zbrellengasse 18-20.

Cadjen links!
Das neue deutsche Mitglied erscheint identisch.
Jede Nummer AS 1.10.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung
Ernst Gattler
Karlsbad, Aerog Palace

LIGA
die billigste und beste Pflanzen-Butter Margarine
verwendet jede praktische Hausfrau an Stelle von amerikanischer Schweinefett!